

HOCHSCHUL-DIENST



INFORMATIONEN AUS DEM WISSENSCHAFTLICHEN LEBEN

Herausgegeben von Dr. Josef Raabe in Zusammenarbeit mit der Westdeutschen Rektorenkonferenz, dem Deutschen Akademischen Austauschdienst und dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft

JAHRGANG XVII — NR. 15/16

Bonn, 8. August 1964

AUSGABE A

Jahrestagung der Deutschen Forschungsgemeinschaft

Prof. Hess berichtet am Ende seiner 9jährigen Amtszeit

HD — Das Stichwort für die Jahrestagung der Deutschen Forschungsgemeinschaft, die vom 16.—18. Juli in Berlin stattgefunden hat, war eigentlich schon vor einem Jahr in München gegeben worden. Dort hatte der Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Prof. Dr. Gerhard Hess, auf die Kritik am Stande der Forschung in Deutschland hingewiesen, die im Ausland mit besonderer Schärfe geäußert worden und nicht ohne Einfluß auf die in Deutschland ja seit langem in Gange befindliche Diskussion geblieben war. Prof. Hess hatte damals ebenso vor einem summarischen Pessimismus gewarnt wie vor einer mehr emotionalen als sachlich begründeten Zurückweisung der Kritik und im übrigen mitgeteilt, daß die Forschungsgemeinschaft sich um ein nüchternes Urteil über den Stand der Forschung bemühe. Das Ergebnis ist bekannt. Über die Denkschrift „Stand und Rückstand der Forschung in Deutschland in den Naturwissenschaften und den Ingenieurwissenschaften“ ist an dieser Stelle ausführlich berichtet worden. Die Reaktion der Öffentlichkeit läßt erkennen, was man vom Staat erwartet: Der Forschung einen ständigen Platz unter den „Prioritäten“, d. h. neben den sozialen Verpflichtungen und der Verteidigung einzuräumen und endlich davon abzukommen, daß die Wissenschaft immer wieder hinter dem jeweiligen aus Tagesbedürfnissen heraus entstehenden Anspruch lautstärkere Interessen zurücktreten muß. Es ist nicht notwendig, hier noch einmal darauf einzugehen. Aber das Münchner Stichwort hat über die kurze Erwähnung dieser Denkschrift in dem Rechenschaftsbericht des Präsidenten der DFG hinaus weitergewirkt und den Ausführungen zugrundegelegt, mit denen Prof. Hess am Ende seiner neunjährigen Amtszeit Rückblick und Ausblick zugleich gab.

Rückstand in der Forschungsförderung vermindert

Der Rückblick galt der Großzügigkeit, mit der die Verantwortlichen aus Wissenschaft und Verwaltung vor nunmehr 15 Jahren die Forschungsförderung einem Organ der Selbstverwaltung übertragen haben. Gewiß konnte man sich auf die positiven Erfahrungen der alten Notgemeinschaft stützen, aber welchem Politiker, welchem Staatsmann wird es leicht, auf Einfluß, auf Machtausübung, auf Entscheidungsmöglichkeiten zu verzichten? Daß man es doch getan hat, stellt dem Urteilsvermögen jener Persönlichkeiten ein hohes Zeugnis aus, und Prof. Hess konnte mit Recht auf die lange Reihe der Jahresberichte verweisen: „Alle wichtigen Gebiete in Geisteswissenschaften, Medizin, Natur- und Ingenieurwissenschaften, die vernachlässigt oder notleidend waren, sind in dieser Zeit im Schwerpunktprogramm so gepflegt worden, daß der Rückstand gegenüber dem vergleichbaren Ausland sich erheblich gemindert hat.“ In den Beispielen, die der Präsident anführte, wurde zugleich aber auch deutlich, daß im Laufe der Jahre neue wichtige Zielsetzungen im Schwerpunktprogramm mitbestimmend geworden sind. Ging es anfangs darum Lücken zu schließen, den dringendsten Nachholbedarf zu befriedigen und Starthilfen zu geben, so trat, je länger desto stärker, das Bedürfnis in den Vordergrund, einzelne Forscher zu gemeinsamen Problemstellungen zusammenzuführen, ihre Arbeiten zu koordinieren — über die Grenzen der Disziplinen und der Länder hinweg. Die internationale Zusammenarbeit erfolgt nicht nur dort,

wo sie in der Benennung großer Gemeinschaftsprogramme — etwa im Geophysikalischen Jahr oder im Jahr der ruhigen Sonne — zum Ausdruck kommt, sondern auch an zahllosen anderen Stellen, beginnend bei den archäologischen Ausgrabungen im Vorderen Orient bis hin zu den Fahrten des soeben fertiggestellten Forschungsschiffes „Meteor“.

Neue Verfahren und Methoden

Neue Verfahren, neue Methoden der Forschungsförderung sind im Laufe der Jahre von der DFG entwickelt worden, und Prof. Hess ist mit einigen Sätzen seines Berichtes auch auf die eingegangen, als er sagte:

„Von wiederum anderer Art und Funktion ist die Arbeit von Ausschüssen und Kommissionen. Im Ausschuß für Angewandte Forschung, zu dessen Bildung mein Vorgänger die Initiative ergriff, sind in den 10 Jahren seines Bestehens aus der regelmäßigen Begegnung von Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung unter anderem eine Reihe von Denkschriften und das in seiner Struktur vorbildliche Gemeinschaftswerk der Hochspannungs-Gleichstromübertragung erwachsen. Der Ursprung der Senatskommissionen war und ist die Sorge um die gesundheitlichen Schäden, die aus den Errungenschaften unserer wissenschaftlich-technischen Zivilisation herrühren. Der Gesetzgeber, der solche Schäden einzudämmen und zu beseitigen sucht, bedarf als Voraussetzung für seine Maßnahmen einer wissenschaftlichen Orientierung. Ohne Auftrag, aber in enger Fühlung mit den staatlichen Instanzen bemühen sich unsere Kommissionen, festzustellen, welche nachteiligen Folgen etwa die Zusatzstoffe in Lebensmitteln oder die Verunreinigung von Wasser und Luft mit sich bringt. Die Ergebnisse der Forschung werden in „Mitteilungen“ publiziert. Die Zahl dieser Veröffentlichungen, die dem Fortschritt der Erkenntnis Rechnung tragenden revidierten Neuauflagen und die Übernahme der Resultate in Verordnung und Gesetze sind ein eindrucksvoller Beweis einer im stillen vollbrachten Leistung. Wenn man später einmal die Geschichte der Forschungsgemeinschaft schreiben sollte, könnte es sein, daß als ihr größtes Verdienst die Tätigkeit dieser Kommissionen betrachtet wird.“

Wenn wir einleitend von einem Ausblick sprachen, dann meinten wir die Betrachtungen, die Prof. Hess den Veränderungen innerhalb der Forschung und den Tendenzen widmete, welche von diesen Veränderungen ausgehen oder doch begünstigt werden. Der Beginn fällt etwa in das Jahr 1955. Bis dahin war für alle entscheidenden Faktoren in Staat und Gesellschaft die Auffassung maßgebend, daß die wirtschaftliche und politische Nutzbarkeit wissenschaftlicher Erkenntnis sich von selbst ein-

INHALT

Der Investitionsbedarf für das Bildungswesen von Dr. A. King, Direktor für wissenschaftliche Angelegenheiten bei der OECD in Paris	3
Aus Österreich	8
Aus der Schweiz	9
Promotionsordnungen als Lose-Blatt-Sammlung	10

stellt, daß sie also der Forschung nicht als Ziel von außen — z. B. vom Staat — gesetzt zu werden braucht. Dort, wo die Erfüllung staatlicher Aufgaben von ständiger wissenschaftlicher Arbeit abhängt, sind spezielle staatliche Institute, so etwa die Physikalisch-technische Bundesanstalt, die staatlichen Gesundheits- oder Materialprüfungsämter geschaffen worden, und haben eine Tradition fortgesetzt, die zum Teil weit in das neunzehnte Jahrhundert zurückreicht. Die vor etwa 10 Jahren einsetzende Wandlung in der Organisation (und Finanzierung) der Wissenschaft ist das Aufkommen der „Großforschung“. So wenig sie eindeutig zu definieren ist, so wenig gibt es bisher eine klare Konzeption für die Bewältigung dieses Phänomens.

„Großforschung ist nicht eindeutig zu definieren. Sie hat gemeinsame Kennzeichen, so zum einen die Größe der Apparatur oder den Umfang des Zentrums und damit auch die Kostspieligkeit, zum anderen die Arbeit in Gruppen, die wiederum eine Funktion der Großapparatur oder der komplexen wissenschaftlichen Problematik ist. Aber eine klare Trennung etwa nach Grundlagenforschung und Entwicklung ist schwer vorzunehmen. So kann physikalische Grundlagenforschung teure, vielleicht einmal extrem teure Apparaturen nötig haben, wie Beschleunigeranlagen. Technologische Umsetzung von Physik und Chemie im Reaktorbau hat Energiegewinnung zum wirtschaftlichen Ziel, aber der Reaktor selbst ist unentbehrlich zur Lösung von Problemen der Grundlagenforschung. Satelliten, Raketen und Sonden können Instrumente einer ungeahnten Erweiterung der naturwissenschaftlichen — astrophysikalischen wie biologischen — Erkenntnis sein, aber ebenso politisch-militärischen Zwecken dienen.

Zusammenarbeit mit staatlichen Stellen

Das Interesse, das der Staat an diesen Forschungsbereichen nimmt, ist von allgemeinerer und von grundsätzlicherer Art als das Interesse, das ein klassisches Ressort — sagen wir der Landwirtschaft — zur Erfüllung seiner sachlichen Hoheitsaufgaben an der Wissenschaft nimmt. Große Teilgebiete der Forschung rücken ins staatliche Blickfeld. Diese Umstellung dokumentiert sich in der Gründung eines Ministeriums für Atomenergie 1955, in der Übernahme der Weltraumforschung in das gleiche Ministerium 1962, in der Umbildung dieses Ministeriums in ein Ministerium für wissenschaftliche Forschung Ende 1962.“ Ganz offenkundig handelt es sich bei dieser Entwicklung nicht um einen nebensächlichen wissenschaftsgeschichtlichen Vorgang, sondern um einen Beginn, der — vielleicht gerade des vorläufig noch bestehenden Mangels einer klaren Konzeption wegen — Sorge erregen muß, da er von dem Grundgedanken weit abweicht, die 1949 beim Wiederaufbau des wissenschaftlichen Lebens in der Bundesrepublik bestimmend gewesen war.

Der früher einmal geäußerte Vorschlag, den staatlichen Organen jenen Bereich vorzubehalten, der den Übergang von der Forschung zur Entwicklung und damit zu den hohen finanziellen Investitionen darstellt, ist weder 1955 noch 1962 befolgt worden, sondern das Forschungsministerium hat in den ihm besonders interessanten Gebieten sowohl die Grundlagenforschung als auch Anwendung und Entwicklung an sich gezogen. Das hatte, wie Prof. Hess betonte, „den Nachteil, daß die Ungewogenheit der Förderung, die sich aus dem Überblick über alle Gebiete an einer Stelle — eben der Deutschen Forschungsgemeinschaft — ergab, nicht mehr in allen Teilen möglich war, sie hatte den Vorteil, daß fortan mit erheblichen Mitteln Teilgebiete der Physik und der Chemie sowie der Technik großzügig unterstützt wurden. Jeder weiß, wie erfolgreich diese Hilfe war und daß sie den Abstand gegenüber dem Ausland in diesem Sektor in kurzer Zeit überwinden half. In der Weltraumforschung wiederholt sich später der gleiche Vorgang. Nun ist, wie schon erwähnt, ohne weiteres anzuerkennen, daß die neuen sehr kostspieligen wissenschaftlich-technischen Aufgaben besonders im Übergang zur Entwicklung ein sehr intensives Interesse des Staates beanspruchen. Der Staat hat danach und mit sichtbarem Erfolg gehandelt. Und doch bleibt dem Betrachter eine gewisse Unruhe. Ich möchte dieser Unruhe mit einigen Überlegungen Ausdruck geben, die ich umso leichter vorbringen kann, als an der positiven Haltung von Parlamenten und Regierungen gegenüber Organisationen der Selbstverwaltung zu zweifeln kein Anlaß ist und unsere Beziehungen zum Forschungsministerium glücklicherweise im Sachlichen und Persönlichen ungetrübt sind. Aber die Gewalt der Tatsachen kann Diskrepanzen entstehen lassen. Die Entwicklung, von der ich sprach,

schließt die Möglichkeit nicht aus, daß der Staat mit seinen Maßnahmen und mit der geübten Praxis in zentralen Gebieten der Forschung — und nicht allein in den Übergangsbereichen zur Entwicklung — bei extensiver Interpretierung seiner Aufgaben ungewollt allmählich zu einem Monopol der Förderung tendiert. Nur die Stiftungen blieben dann in der Verfügung über ihre Mittel in diesen Bereichen frei.“

Wer die neunjährige Leitung der Forschungsgemeinschaft durch Prof. Hess verfolgen und Einblick in die Arbeitsweise dieser Organisation gewinnen konnte, die ja, wie wohl kaum eine andere, die Partnerschaft zwischen der Selbstverwaltung und dem Staat zu höchster Fruchtbarkeit für alle Beteiligten entwickelt hat, wird die Sorgen würdigen, die der scheidende Präsident aussprach: „Gerade, wenn man von der natürlichen Einordnung der Wissenschaft in Gesellschaft und Wirtschaft ausgeht, gerade wenn man die Überzeugung gewonnen hat, daß der ständige Austausch der Gesichtspunkte in der Partnerschaft von Staat und Wissenschaft die richtigen Entscheidungen zu finden hilft, gerade dann muß man dafür eintreten, daß der Staat im Bewußtsein seiner Verantwortung diese freien Formen der Förderung bejaht. Kein billiger Romantizismus, der die Veränderungen in unserer Welt übersehen, leitet mich, sondern die staatsbürgerliche Befürchtung, die im möglichen Übergang unserer freiheitlichen gesellschaftlichen Formen in eine Ordnung staatlicher Lenkung Gefahren für die Werte entstehen sieht, die unser Leben bestimmen.“

Für weite Kreise, die sich im allgemeinen wenig Gedanken um die großen Probleme der Organisation und der Förderung der Forschung machen, bieten die Jahresveranstaltungen der Deutschen Forschungsgemeinschaft die regelmäßig wiederkehrende Gelegenheit, sich über diesen Bereich zu informieren. Die Worte Prof. Hess's sollten deutlich gemacht haben, daß es hier um mehr geht, als um irgendeine beliebig austauschbare Form: Es geht um einen wesentlichen Teil der freiheitlichen Ordnung, die nicht durch bösen Willen, nicht durch antidemokratische politische Kräfte bedroht ist, sondern durch die „Gewalt der Tatsachen“, durch die auch in anderen Bereichen des öffentlichen und privaten Lebens unübersehbare Neigung des Staates, sich immer weiter und weiter auszudehnen.

Sie fragen —
wir antworten

Wird Bau- sparen steuer- begünstigt?



Wenn Sie Bausparer sind, erhalten Sie vom Staat einkommensteuerfreie Zuschüsse bis zu DM 400,— jährlich oder einen oft noch weitergehenden Lohnsteuernachlaß. Was für Sie am günstigsten ist, können Sie Jahr für Jahr wählen: die Höhe Ihres Einkommens gibt dabei den Ausschlag.

Diese staatlichen Zuschüsse und die Steuervorteile nach dem Bau eines Eigenheimes oder Erwerb einer Eigentumswohnung gemäß § 7 b des Einkommensteuergesetzes können auch Ihnen die Durchführung Ihres Heimstättenvorhabens erleichtern.

Wenn Sie im öffentlichen Dienst stehen, fordern Sie noch heute die kostenfreie Schrift »Heimstätten für Angehörige des öffentlichen Dienstes« an. Sie unterrichtet Sie über die besonderen Leistungen, die das BHW seinen Bausparern bietet.



Beamtenhelmstättenwerk

Gemeinnützige Bausparkasse für den öffentlichen Dienst
325 Hameln · Kastanienwall · Telefon: (05151) 7401

Daß der Bundespräsident, wie schon so oft, auch an dieser Tagung teilnahm und der Forschungsgemeinschaft mit herzlichen Worten Dank und Anerkennung aussprach, daß auch der Bundesminister für wissenschaftliche Forschung, Hans Lenz, anwesend war, der ja im Vorjahre selbst an die Partnerschaft zwischen Staat und Selbstverwaltungsorganisation appelliert hatte — das beides läßt hoffen, daß die mahnenden und warnenden Worte nicht unbeachtet bleiben werden.

Stand und Rückstand der Forschung

Die nüchterne Sprache der alltäglichen Arbeit mit ihren finanziellen Sorgen und Notwendigkeiten fehlte nicht. Prof. Hess faßte Dank und Mahnung zusammen: „Wir stehen noch in dem Dilemma, die allseitigen Anstrengungen von Parlamenten und Regierungen für die Wissenschaft dankbar anzuerkennen und zugleich festzustellen, daß sie den dringendsten Erfordernissen noch immer nicht gerecht werden.“ Unter Hinweis auf die schon erwähnte Denkschrift über Stand und Rückstand der Forschung unterstützte er die Forderung Präsident Balkes, daß die Erhöhung der Mittel für die Forschung weit über der Zuwachsrate des Sozialproduktes liegen müsse. Für die Forschungsgemeinschaft habe das Jahr 1964 in dieser Beziehung einen Rückschlag bedeutet und auch 1965 dürften die Erwartungen trotz Erhöhung der Zuschüsse nicht voll erfüllt werden.

Der Bundespräsident hatte am gleichen Tage in einer Feierstunde dem Präsidenten, Prof. Dr. Hess, und seinem Vorgänger, Prof. Dr. Raiser, das Große Verdienstkreuz mit Stern des Verdienstordens der Bundesrepublik verliehen. In seiner Ansprache an die Öffentlichkeit würdigte er die Arbeit Prof. Hess's und der Forschungsgemeinschaft mit einem Hinweis auf den Umfang des Geleisteten, auf die Größe der Verantwortung und auf die noch immer mehr und immer schneller wachsende Bedeutung der Forschung für das deutsche Volk. Die Ausstrahlungen der Arbeit der DFG reichten bis in die vielen großen und kleinen Kanäle unseres staatlichen und gesellschaftlichen Lebens, und bei der wachsenden internationalen Verflechtung von Wissenschaft und Forschung sei die Deutsche Forschungsgemeinschaft zu einer Art Auswärtigen Amtes für die wissenschaftlichen Beziehungen mit anderen Ländern geworden. Der Bundespräsident bedauerte, daß in Deutschland das Mäzenatentum noch fast vollständig fehle, das in den Vereinigten Staaten so große Erfolge ermöglicht habe. „Die gewaltigen Ausgaben, die in den kommenden Jahren für die wissenschaftliche Forschung entstehen werden, mögen in manchem Zweifel erregen, ob Deutschland diese großen finanziellen Opfer neben allem übrigen noch zu tragen vermag. Wir haben aber keine Wahl, denn den Gang der Forschungsarbeit in den anderen Ländern können und dürfen wir nicht aufhalten. Ein Volk, das beim Wettlauf um neue wissen-

schaftliche Erkenntnisse seinen Platz in den vordersten Reihen aufgibt, darf sich nicht wundern, wenn es die Folgen seiner Resignation hart zu spüren bekommt. Wir müssen hart werden, auch gegen uns selbst und unsere Leistungs- und Opferbereitschaft zeigen, damit die kommenden Entscheidungen in der Welt nicht ohne uns und damit gegen uns fallen.“

Mit seinem Dank an Prof. Hess verband der Bundespräsident seine guten Wünsche an den Nachfolger. Er berührte damit das, was dieser Jahrestagung bei aller Übereinstimmung im äußeren Verlauf mit denen früherer Jahre eine besondere Stimmung gab — den bevorstehenden doppelten Wechsel in der Leitung der Forschungsgemeinschaft. Neben dem bisherigen Präsidenten Prof. Hess saß sein Nachfolger, Prof. Dr. Julius Speer, aber auch für den derzeitigen Generalsekretär, Dr. Kurt Zierold, mußte der Nachfolger bestellt werden. Dr. Zierold hat 1949 als geschäftsführender Vizepräsident den Aufbau der neuen Notgemeinschaft durchgeführt und später den Ausbau der durch die Verschmelzung mit dem Forschungsrat entstandenen Deutschen Forschungsgemeinschaft maßgeblich mitgestaltet. Prof. Hess hat ihm in der öffentlichen Veranstaltung den herzlichen Dank ausgesprochen. Dr. Zierold hat die Altersgrenze erreicht und wird am Ende des Jahres sein Amt niederlegen. An seine Stelle wird Dr. Carlheinz Schiel treten, der schon seit einer Reihe von Jahren Mitarbeiter der Forschungsgemeinschaft ist und insbesondere mit den Kommissionen und mit den Aufgaben des Senates befaßt war.

Dem Turnus folgend sind eine Reihe von Senatsmitgliedern ausgeschieden und an ihrer Stelle neue gewählt worden. Die eine oder andere Senatskommission konnte aufgelöst werden, da die ihnen gestellte Aufgabe erfüllt ist, andere wurden umgebildet, und im einen wie im anderen zeigt sich die Anpassungsfähigkeit an Aufgaben und Personen, an Bedarf und Möglichkeiten, welche den hohen Wirkungsgrad der Kommissionen — von Prof. Hess in seinem Bericht erwähnt — hervorbringt. Neu geschaffen wurde eine Kommission für Mutagenitätsfragen und eine Kommission für Erforschung der medizinischen Grundlagen der Frühinvalidität. Die letztere zeigt vielleicht deutlicher als viele andere, in welchem Maße es auf die Zusammenarbeit von den verschiedensten Ausgangspunkten her und mit den unterschiedlichsten Methoden ankommt, denn ihr gehören Hygieniker und Psychologe, Statistiker und Gynäkologe, Werkarzt, Internist und Arbeitswissenschaftler an. Daß sich unter dem Namen der Erstgenannten, unter dem Begriff der Mutagenität, alle jene Sorgen verbergen, die den Erbveränderungen, den Mißbildungen — hervorgerufen durch Arzneimittel und Kosmetika, Lebensmittel-Zusatzstoffe und Luftverunreinigungen und vieles andere mehr — gelten, sei doch ausdrücklich erwähnt, um die enge Verbindung von Grundlagenforschung und außerordentlich wichtigen Fragen der Volksgesundheit deutlich zu machen.

Der Investitionsbedarf für das Bildungswesen

Ein Vortrag von Dr. Alexander King, Direktor für wissenschaftliche Angelegenheiten bei der OECD in Paris

Auf dem Seminar der Deutschen Volkswirtschaftlichen Gesellschaft in Bad Harzburg über das Thema „Die Investitionen für Ausbildung, Erziehung und Forschung in ihrer Bedeutung für die Wirtschaft“ hielt Dr. King den einführenden Vortrag, den wir in der verdolmetschten Fassung zum Abdruck bringen.

Die rasche Entwicklung der industriellen Technologie ist ein Kennzeichen unserer Zeit. Es gibt heute Methoden, Materialien, Produkte und sogar ganze Industrien, die vor einigen Jahrzehnten noch unbekannt waren. Diese industriellen Wandlungen, denen im Handel neue Vertriebsformen entsprechen, haben auch das Wesen der Industrie selbst, das Wesen der Arbeit und vor allem die Anforderungen an ein neues und fortschrittliches Fachwissen grundlegend verändert. Es besteht nicht nur ein wachsender Bedarf an Forschern in der Grundlagen- und in der angewandten Forschung, sondern auch die technische Kontrolle, das Management und die Tätigkeit des Technikers haben sich von Grund auf gewandelt.

Der Präsident der amerikanischen Gesellschaft Du Pont stellte in einer seiner Reden fest, daß in der Zeit zwischen 1900 und 1950 über die Hälfte der Beschäftigten mit der Herstellung und dem Vertrieb von Waren beschäftigt war, die es vor 1900 noch gar nicht gab: im Jahre 1975 werde wieder die Hälfte aller Beschäftigten in den Vereinigten Staaten mit der Herstellung und dem Vertrieb von Gütern beschäftigt sein, die 1950 noch nicht bekannt waren.

Die seit dem Krieg verstärkte durchgeführte Grundlagenforschung, besonders in den USA, in der UdSSR und auch in Westeuropa hat eine neue Woge der technologischen Entwicklung ausgelöst. Gleichzeitig übt die in den Entwicklungsländern eingeleitete Industrialisierung einen tiefen Einfluß auf die Produktion in den industrialisierten Ländern Westeuropas aus, und zwar in Richtung einer Schwerpunktverlagerung auf die Erzeugung von Kapitalgütern und Spezialprodukten, deren Herstellung erhöhte Anforderungen an die Forschung und an das Fachwissen stellt. Es dauert in der Regel zehn Jahre, bis ein in den Laboratorien entwickeltes Produkt fertigungsreif ist, so daß man, wie es der Präsident Du Pont vorausgesagt hat, in den nächsten zehn Jahren entscheidende Veränderungen auf den verschiedensten Gebieten der Gütererstellung und der Dienstleistungen und damit auch für den Einsatz der Arbeitskräfte erwarten kann. Diese Veränderungen, die natürlich zunächst in den höchstentwickelten Industrieländern stattfinden, machen die Entwicklung neuer Methoden für die Ausbildung und die Weiterbildung von Arbeitskräften notwendig.

Das Management wird jedesmal eine gewissenhafte Abwägung der verschiedenen Faktoren vornehmen müssen, bevor es sich entscheiden kann, die Art und Weise des

Einsatzes der Arbeitskräfte und die Probleme der Ausbildung auf eine neue Weise zu lösen.

Diese Entscheidungen betreffen auch die Festlegung von Investitionen auf dem Gebiete der Forschung und die Entscheidung darüber, auf welchem technologischen Sektor man investieren, welche neuen Methoden und Ideen man „einkaufen“ und wo man die weitere Entwicklung vorantreiben soll.

In den letzten zehn Jahren sind in einigen europäischen Ländern die Erziehungs- und Ausbildungsprobleme besonders schwer gewesen, weil auf einmal eine große Anzahl von Spezialisten in den verschiedenen Produktionszweigen benötigt wurde, die man nicht besaß, und weil die bereits ausgebildeten Kräfte — insbesondere Techniker und Ingenieure — hinsichtlich des Standes ihrer Kenntnisse häufig hinter den neuen Anforderungen zurückblieben.

Mangel oder Überfluß von Ingenieuren und Technikern?

Als die OECD in Paris Untersuchungen über den Bedarf an Ingenieuren in Angriff nahm, wandte sich der Berufsverband der französischen Ingenieure an die OECD und erklärte, daß das Problem genau umgekehrt liege und es im Gegenteil nicht zu wenig, sondern zu viele Ingenieure gäbe. Beide Auffassungen sind in gewisser Weise zutreffend. In einigen Industriestaaten ist die Zahl der arbeitslosen Ingenieure, die älter als 45 Jahre sind, außerordentlich hoch, während gleichzeitig die Nachfrage nach jungen Ingenieuren von etwa 25 Jahren mindestens ebenso hoch liegt. Die Schlußfolgerung ist, daß wir uns auf dem Sektor Erziehung und Ausbildung vor große Probleme gestellt sehen, die sowohl die Qualität als auch die Quantität der auszubildenden Spezialisten betreffen. Das trifft bereits für den heutigen Stand der Entwicklung zu. Die Veränderungen, die in etwa zehn Jahren zu erwarten sind, werden uns vor eine ganz neue Situation auf dem Gebiete der Technik stellen.

Es gibt auf dem Gebiete der Erziehung und Ausbildung eine so starke und gefestigte Tradition, daß wir gerade deswegen mit größten Schwierigkeiten rechnen müssen. Erziehung ist ein Gebiet, das vielfach als sakrosankt betrachtet wird. Die Konservativen sind hier der Ansicht: Erziehung ist etwas, das immer auf den ganzen Menschen ausgerichtet sein muß und den Menschen seinem ganzen Wesen nach erfaßt. Eine andere Auffassung, die ebenfalls einen extremen Standpunkt darstellt, lautet: Wir haben keine Planung auf ökonomischem Gebiet und wollen daher auch keine Planung auf dem Sektor Erziehung und Ausbildung haben. Alles, was mit Planung zusammenhängt, ist ein marxistischer Gesichtspunkt, von dem wir nichts wissen wollen. Das Gesetz von Angebot und Nachfrage soll ebenso, wie auf dem wirtschaftlichen Gebiet, auch auf dem Sektor der Berufsausbildung allein entscheidend sein. Beide Standpunkte, die oft in der Öffentlichkeit mit Nachdruck vertreten wurden, sind scharf gesagt Heuchelei und nicht ganz aufrichtig.

Betrachten wir die Sache vom akademischen Standpunkt — ich bin selbst Professor der Chemie gewesen — so müssen wir sagen, daß man hier oft Begriffe der akademischen Lern- und Lehrfreiheit in Anspruch nimmt, um die ablehnende Haltung gegenüber jeder Planung auf dem Erziehungssektor zu begründen.

Akademisches Studium — Berufsausbildung?

Tatsächlich sieht die Wirklichkeit anders aus, als man vorgibt. An den Universitäten in Europa und noch stärker in den Vereinigten Staaten ist ein großer Teil des akademischen Lernens praktisch bereits Berufsausbildung. Das gilt sowohl für die Medizin wie auch für das Rechtsstudium und ebenso für die Ausbildung an technischen Instituten. In den Vereinigten Staaten erhalten z. B. 17 % aller Studenten ihre Ausbildung an business schools. Es geht sowohl Eltern wie Jugendlichen doch letztlich darum, später eine ordentliche Arbeit übernehmen und ausfüllen zu können.

Wenden wir uns nun dem anderen Gesichtspunkt, dem Marktmechanismus von Angebot und Nachfrage zu, so ist festzustellen, daß dieser Marktmechanismus auf dem Gebiete der höheren Ausbildung praktisch nicht funktioniert. Es dauert länger, einen guten Diplomingenieur heranzubilden, als ein Atomkraftwerk zu errichten. Die Statistiken, die hier über Angebot und Nachfrage auf dem Sektor der höheren Berufsausbildung aufgestellt werden, liegen stets um mindestens zwei Jahre zurück und sind schon damit immer überholt. Wir müssen aber bedenken, daß

zehn Jahre dazwischenliegen, bis ein Junge, der in die höhere Schule aufgenommen wird, zum Ingenieur ausgebildet ist. Das zeigt, daß uns hier eine Differenz zwischen Statistik und Wirklichkeit entgegentritt, die sich auf dem Gebiete von Erziehung und Ausbildung im Hinblick auf die Länge der Ausbildungsdauer besonders schwerwiegend auswirkt.

Neben dem Problem einer Anpassung der höheren Berufsausbildung an die gestiegenen Anforderungen der Wirtschaft steht im übrigen auch die kulturelle Seite des Problems. Mit dem wachsenden Wohlstand ergibt sich sowohl bei Eltern als auch bei Jugendlichen eine Einstellung, die nach besseren und umfassenderen Erziehungs- und Ausbildungsmöglichkeiten verlangt.

Die Erfolge der europäischen Wirtschaft in dem letzten Jahrzehnt und die Ausweitung der „Gesellschaft im Überfluß“ in Westeuropa führte gleichzeitig zu wachsenden Bildungsansprüchen und zu der Erkenntnis der Regierungen, daß im Rahmen ihrer Sozialpolitik bessere Ausbildungsmöglichkeiten zur Verfügung gestellt werden müßten.

Das ist ein Erscheinung der Wohlstandsgesellschaft, die wir hier in Europa zur Kenntnis zu nehmen haben. Es ist ein Erfordernis unserer Welt, daß wir den Anforderungen von Wirtschaft und Gesellschaft an eine bessere weitgehendere Berufsausbildung aber ebenso auch den Forderungen nach einer besseren und umfassenderen allgemeinen kulturellen Bildung nachkommen.

Planung ohne Zwang heißt die moderne Aufgabe

Diese beiden Gesichtspunkte haben uns bei der OECD vor vier Jahren bewogen, neue Grundlagen für eine Planung auszuarbeiten, die sowohl dem Recht des Individuums nach freiheitlicher, eigener Entscheidung, wie auch dem Wesen der freien Wirtschaft entsprechen, und auf der anderen Seite doch die Möglichkeit schaffen, unser Erziehungssystem den Erfordernissen der Zukunft anzupassen. Die Anfänge dieser Initiative gehen also zurück auf die Zeit, als die Wirtschaftsexperten in den Mitgliedstaaten der OECD sich den Problemen des Wirtschaftswachstums zuwandten und nach Möglichkeiten forschten, das Wirtschaftswachstum in der einen oder anderen Weise zu beeinflussen. Die Tatsache, daß die Regierungen der Mitgliedstaaten mit der OECD darin übereinstimmten, daß das Sozialprodukt der einzelnen Länder von 1962 bis zum Jahre 1970 um 50 % gesteigert werden soll, zeigt, daß man praktisch davon überzeugt ist, daß man die Zuwachsraten in der Wirtschaft der einzelnen Länder beeinflussen und auf ein ganz bestimmtes Ziel hin ausrichten kann. Auf Grund von Experten-Untersuchungen in Skandinavien, den Niederlanden und den Vereinigten Staaten ergibt sich, daß unter den Faktoren, die das Wachsen des Sozialproduktes und die Zuwachsraten in der Wirtschaft beeinflussen, die Erziehung und Ausbildung sowie die Forschung an der Spitze stehen.

Die klassische Wirtschaftswissenschaft, wie sie insbesondere von Keynes vertreten wird, hat diese Faktoren überhaupt nicht in die Betrachtung einbezogen. In den umfangreichen Arbeiten von Keynes ist der Gedanke der technologischen Veränderung überhaupt nicht in Erscheinung getreten und mit keinem Wort erwähnt. Das bedeutet, daß unser Wirtschaftsdenken bisher mit Kapital und Arbeitskräftepotential als den allein maßgebenden Faktoren gerechnet hat. Es wurde dabei angenommen, daß alle anderen Faktoren unberücksichtigt bleiben könnten, weil sie sich nicht verändern.

Diese Betrachtungsweise, wie wir sie z. B. auch bei Keynes finden, setzt voraus, daß die Entwicklung der Forschung zwar durch die wirtschaftliche Entwicklung beeinflusst wird, jedoch nicht die Wirtschaft durch die Evolution der Wissenschaft und Technik. In gewisser einseitiger Weise haben die Vertreter dieser Auffassung auch recht. Denn es kann z. B. vorkommen, daß die Forschungsergebnisse die Herstellung eines bestimmten Produktes bereits lange vor der Zeit — von der technologischen Seite aus betrachtet — erlauben würden, bevor man soweit ist, daß die Produktionskosten die Herstellung tatsächlich sinnvoll erscheinen lassen.

Es kann aber auch das Gegenteil der Fall sein, wie wir es z. B. bei den neuen Erfindungen wie Perlon, Nylon, Fernsehen und Radioapparaten erlebt haben. Bevor noch irgendeine wirtschaftliche Kraft hinter diesen Erfindungen stand, gingen von ihnen so starke Impulse aus, daß die Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschung nun umgekehrt ihrerseits den Verlauf der wirtschaftlichen Entwicklung veränderten und bestimmten.

Ausbau der ökonomischen Wachstumstheorie

Dieser Trend zu raschen Fortschritten auf dem Gebiet der technologischen Entwicklung führte neuerdings zum Ausbau der „ökonomischen Wachstumstheorie“. Die Zuwachsrates des Bruttosozialproduktes scheint in hohem Maße von der Qualität der beiden wichtigsten wirtschaftlichen Input-Faktoren, von Kapital und Arbeit, abzuhängen. Die sogenannten Nebenfaktoren, die die Qualität dieser Faktoren bestimmen, besitzen heute offenbar eine ganz entscheidende Bedeutung, unter ihnen vor allem das Bildungswesen und die Forschung.

Es ist natürlich sehr schwer, sich eine quantitative Messung dieser Faktoren vorzustellen. Es mag sein, daß man dieses Ziel nie ganz erreichen wird. Trotzdem haben die Wissenschaftler in den Vereinigten Staaten herausgefunden, daß in den letzten fünfzig Jahren der größere Teil des erzielten Wirtschaftswachstums auf diese Faktoren zurückgehen, die man zunächst als Restfaktoren bezeichnet. Diese Restfaktoren umfassen z. B. Erziehung und Ausbildung, gute Beziehungen zwischen Betriebsführung und Arbeitnehmern, Führungsqualitäten des Managements und noch eine Reihe anderer Dinge. Denison, ein Wissenschaftler aus den Vereinigten Staaten, hat in Untersuchungen über die Zeit zwischen 1909 und 1957 festgestellt, daß 42 % der Zuwachsrates bei Pro-Kopf-Einkommen der Bevölkerung auf die verbesserte Erziehung und Ausbildung zurückzuführen sei; 36 % rechnet er dem größeren Wissen und den erweiterten Kenntnissen zu. Alle diese Faktoren, insbesondere Erziehung und Forschung, hängen natürlich zusammen, und man sollte den Zahlen nicht zu große Bedeutung beimessen. Eines aber steht fest: Erziehung und Ausbildung sowie Forschung können der wirtschaftlichen und damit der gesellschaftlichen Entwicklung starke Impulse geben, die man bisher übersehen und nicht berücksichtigt hat.

Zur Erforschung des künftigen Bildungsbedarfs

Als die OECD sich dieser Zusammenhänge bewußt wurde und ihre Forschungsarbeit aufnahm, setzte sie zunächst ein aus drei Fachleuten bestehendes Team ein, das unter Berücksichtigung der genannten wirtschaftlichen Faktoren zunächst einmal untersuchen sollte: Wie sieht es in den einzelnen Ländern hinsichtlich der Investitionen auf dem Gebiet von Ausbildung, Erziehung und Forschung aus, und wie liegen die Voraussetzungen für die künftige Entwicklung? Sind sie tatsächlich so, daß man erwarten kann, das für 1970 gesetzte Wachstumsziel zu erreichen? Die Arbeiten der aus drei Fachleuten bestehenden Kommission sollten dazu dienen, eine vorausschauende Planung auf dem Gebiete der Investition für Ausbildung, Erziehung und Forschung vorzubereiten.

Die Ergebnisse dieser Arbeiten wurden 1962 auf einer Konferenz in Washington vorgetragen, die zur Erarbeitung einer Politik auf dem Gebiete der Investitionen für Erziehung und Ausbildung zusammentrat. Es waren sowohl die auf dem Gebiete der Erziehung und Ausbildung maßgebenden Persönlichkeiten als auch jene Vertreter der Länder anwesend, die die finanzielle Seite der Angelegenheit beurteilen und entscheiden konnten.

Die Resultate dieser Konferenz — deren Ansetzung zuerst zu vielen Ressentiments und Besorgnissen Anlaß gegeben hatte — waren von weittragender Konsequenz. Es ist hier tatsächlich ein Wendepunkt im Verhalten der verschiedenen Staaten der westlichen Welt, ja, vielleicht der gesamten Welt, auf dem Gebiete von Erziehung und Ausbildung eingetreten. Die Untersuchung, die davon ausging, daß es sich bei der Entwicklung von Erziehung und Ausbildung um einen nationalen Investitionsposten handelt, hat natürlich zunächst auch Widerspruch hervorgerufen. Aber nach etwa 1—2 Jahren haben sich die Erziehungsminister der einzelnen Länder sämtlich zu dieser Auffassung bekannt, und nicht zuletzt aus dem Grunde, weil diese Untersuchung ihnen erstmalig schlagende Argumente gegen ihre Finanzminister in die Hand gab. Vor 18 Monaten haben sich bei einer Zusammenkunft in Rom alle Erziehungsminister einstimmig dafür ausgesprochen, die Notwendigkeit einer vorausschauenden Investition auf dem Sektor von Erziehung und Ausbildung anzuerkennen und in ihren Ministerien die Voraussetzung für die Arbeit einer Stelle zu schaffen, die sich ausschließlich mit diesen Investitionen beschäftigt.

Paralell dazu haben nun aber auch sehr ausgedehnte Experimente stattgefunden, inwieweit man diese Investitionsplanung auf dem Gebiete von Erziehung und Ausbildung in die Praxis umsetzen kann. In den sechs Mittel-

meerstaaten Türkei, Griechenland, Jugoslawien, Italien, Spanien und Portugal findet unter dem Namen „Mittelmeer-Projekt“ ein sehr interessantes Experiment statt. Zunächst einmal sind die Voruntersuchungen von nationalen Experten der einzelnen Staaten durchgeführt worden, die mit der Tradition und den internen Voraussetzungen, die in diesen Ländern bestehen, eng vertraut sind. Die finanzielle Seite des Projekts war so geregelt, daß 50 % der Mittel von der OECD aufgebracht wurden, 50 % dagegen von den Ländern selbst. Maßgebend war der Gesichtspunkt, daß man die Wirtschaftler und Wissenschaftler der Staaten dazu veranlassen wollte, selbst einen Druck auf ihre Regierungen auszuüben, um nun auch die tatsächlich benötigten Mittel dafür aufzuwenden. Die Leiter der Teams, die in den Ländern angesetzt wurden, haben sich alle drei Monate in der Hauptstadt des Landes mit den international besten Fachleuten getroffen, die aus der ganzen Welt für dieses Projekt gewonnen werden konnten. Sie standen also in einem ständigen Erfahrungsaustausch, um anderwärts bestehende Erkenntnisse für die betreffenden Länder unter den erarbeiteten Aspekten nutzbar zu machen. Diese Methode hat dazu beigetragen, das neue Vorhaben rasch voranzutreiben.

Es ist eine sehr ernsthafte Arbeit geleistet worden. In Griechenland z. B. sind insgesamt 15 volle Arbeitsjahre auf dieses Projekt verwandt worden. Zunächst wurde eine demographische Vorausschätzung für den Zeitraum 1970 und 1975 angestellt, dann wurde versucht, ebenfalls bis 1970 und 1975, ein Bild von den wirtschaftlichen Vorhaben in den einzelnen Ländern und der zu erwartenden Entwicklung, nach Möglichkeit jeweils unterteilt in einzelne Wirtschaftszweige und einzelne Gesamtvorhaben, zu entwickeln.

Von dieser Basis aus läßt sich eine Übersicht über die Arbeitskräfte gewinnen, die für das wirtschaftliche Vorhaben und das Wirtschaftswachstum bis zu den festgesetzten Zeitpunkten benötigt werden, und auch welche Fachrichtungen bei der Berufsausbildung zu berücksichtigen sind und welche Ausbildungseinrichtungen und Schulen dementsprechend geschaffen werden müssen.

Zusätzlich dazu werden nun die sozialen Ziele des Landes untersucht; z. B. in welchem Verhältnis die Schüler der Grundschulen zu den Schülern der Oberschulen und höheren Ausbildungseinrichtungen stehen. Es wird zugleich berücksichtigt, welche Sozialpolitik die Regierung selbst ihrem Vorgehen zugrundelegt und welche Ziele sie in der Entwicklung und Förderung bestimmter Schichten verfolgt.

Alle diese Faktoren zusammengenommen geben einen Hinweis darauf — sicher keine exakte Zahl, aber doch sehr viel mehr, als man bislang überhaupt je erarbeitet hat —, was an Kosten für das betreffende Land aufzuwenden ist, um die wirtschaftlichen und sozialen Ziele zu erreichen, die man sich für einen bestimmten Zeitpunkt gesteckt hat. Dabei spricht man ausdrücklich nicht von starren Plänen, sondern von Zielsetzungen, die flexibel sind.

Das gibt den Staaten und den Regierungen zumindest einen Anhaltspunkt dafür, daß sie die gesetzten Ziele auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet nur erreichen können, wenn sie gleichzeitig für die Lehrerbildung, für die Schaffung der notwendigen Schulen und Lehrmittel soviel Geld aufwenden, wie sich nach den Untersuchungen als notwendig erweist.

Besondere Aufmerksamkeit für Entwicklungsländer

Tatsächlich ist dies eine Form der Überlegung und Planung, wie sie jeder Manager in seinem Betrieb auf den verschiedensten Gebieten vornehmen muß. Aber auf nationaler Ebene ist es eben eine vollständig neue und revolutionäre Vorstellung, auch das Bildungswesen und die Ausbildung in dieser Weise einer Untersuchung und einer Planung zu unterziehen. Die Ergebnisse der Untersuchung liegen heute vor. Ein Teil ist bereits veröffentlicht, der Rest wird noch in diesem Jahr zur Verfügung stehen. Die ganze Auswirkung kann man noch nicht absehen, aber eines kann heute schon gesagt werden: Der Einfluß, den in allen sechs Ländern diese Untersuchung allein auf die Erziehungsministerien, ihre Politik und ihr Vorgehen ausgeübt hat, ist praktisch revolutionär. Der nächste Schritt, der jetzt in Angriff genommen wird, ist eine qualitätsmäßige Untersuchung und die Lösung des Problems, wie man vorgehen muß, um die Kluft, die nun einmal hinsichtlich Angebot und Nachfrage von qualifizierten Kräften besteht, zu überwinden. Diese Untersuchungen und die daraus zu ziehenden Schlussfolgerun-

gen werden in der ganzen Welt mit größtem Interesse verfolgt. Die OECD hat gerade eine beträchtliche Summe der Ford Foundation erhalten, um zu überprüfen, inwieweit sich solche Pläne auf Entwicklungsländer, speziell in Südamerika, übertragen lassen.

Es ist kein Zufall, daß dieses Projekt zunächst in den weniger entwickelten Ländern Südeuropas in Angriff genommen wurde. Denn wenn man in irgendeinem anderen Land, wie z. B. England oder Frankreich, damit begonnen hätte, wo bereits eine hochentwickelte Tradition auf dem Gebiet der Erziehung besteht, dann wäre es dort sehr viel schwieriger gewesen, Tabus zu durchbrechen und althergebrachte Traditionen in Frage zu stellen.

Das Interesse der westeuropäischen Länder ist geweckt

Nachdem jetzt aber einmal das Projekt in den weniger entwickelten südeuropäischen Staaten mit Erfolg durchgeführt worden ist, kann man ein wachsendes Interesse auch bei den höher entwickelten Ländern feststellen. Es gibt sogenannte pilot groups, d. h. kleine Versuchsgruppen, die sich damit beschäftigen. Durch das Programm der OECD für Investitionen auf dem Gebiet für Erziehung und Ausbildung ist es z. B. dazu gekommen, daß die Vertreter auch der höher entwickelten Industriestaaten regelmäßig sich zusammenfinden, um darüber zu diskutieren, wie es um die Pläne in den einzelnen Ländern bestellt ist, was sich an Problemen ergibt und was man dabei voneinander lernen kann. In einigen kleineren Staaten geht die Planung auf nationaler Ebene verhältnismäßig schnell voran. Ein Land, das man nun bestimmt nicht als fortschrittlich betrachten würde, wie z. B. Irland, ist jetzt sehr ernsthaft darangegangen, seine Investitionsausgaben für Erziehung und Ausbildung für die nächsten zehn Jahre nach der von uns ausgearbeiteten Methode zu planen. Dasselbe beginnt jetzt in Österreich und Belgien. Länder wie Frankreich, Schweden und die Niederlande haben ein eigenes Vorgehen entwickelt, das jetzt im Kreise der übrigen Staaten diskutiert wird. Es besteht eine ausgezeichnete Zusammenarbeit zwischen der OECD und den deutschen Dienststellen, vor allem mit der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder.

Im folgenden sollen zwei Fragen angeschnitten werden, die die qualitative Seite der Angelegenheit betreffen, die ich aber nur als Probleme aufzeigen möchte, ohne dazu eigene Lösungen anzugeben.

Über die Aufgabe der Universität im Bildungsfortschritt

In unseren Ländern werden, sowohl aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung wie auch infolge der erhöhten Nachfrage auf der Verbraucherseite, sehr starke Forderungen nach einer breiteren höheren Erziehung erhoben. Sie haben z. B. in dem bekannten Robbins-Report in England ihren Niederschlag gefunden, in dem man die Forderung stellt, zahlreiche neue Universitäten zu gründen. Damit stellt sich bereits das Qualitätsproblem. Wie Tradition und Erfahrung uns lehren, hat die Universität bis jetzt einem Erziehungsideal nachgestrebt, das sich bei etwa 2% der Bevölkerung verwirklichen ließ. Es erhebt sich nun die Frage, ob diese gleiche Zielsetzung noch erreichbar ist, wenn man, wie dies in einzelnen Ländern gefordert wird, 20% der Bevölkerung, ja, manchmal sogar noch mehr, auf Hochschulebene auszubilden gedenkt. Es stellt sich dann die Frage: Sind unsere Universitäten in der bislang bestehenden Form und Arbeitsweise noch die richtigen Institutionen, um diese Erziehungs- und Ausbildungsarbeit durchzuführen, und können wir diese Zielsetzung erreichen, indem wir einfach das vermehren, was wir als Kern in den bestehenden Universitäten besitzen. Selbstverständlich möchten wir den guten Kern unserer Universitäten bewahren und noch verbessern. Wir möchten sie als Spitzenausbildungsstätten erhalten, wo unsere Forscher und künftigen Lehrer ausgebildet werden. Aber zu oft ergibt sich das Problem für die Universitäten: Können wir unser Niveau noch halten, wenn die Zahl derjenigen, die wir ausbilden sollen, zu groß wird?

Das ist der Punkt, wo wir in Europa lernen sollten, nach zwei Seiten zu schauen, und zwar sowohl nach dem Westen als auch nach dem Osten, weil es dort manches gibt, was wir lernen können. So ergibt sich z. B. die Frage, die zu entscheiden wäre: Wollen wir tatsächlich ein hohes Plateau der Bildung auf Universitätsebene schaffen, wo 20% der Bevölkerung ausgebildet werden. Oder wollen wir etwas schaffen, das mehr nach einer Pyramide aussieht, wo wir uns also oben die Universität als Spitzenausbildungsstätte erhalten, aber dann eine breite Mittelstufe haben, auf der eine wirklichkeitsnahe Erziehung und Ausbildung vor sich geht, die nun allen denjenigen zuteil wird, die im Management, in der Wirtschaft, in der Technik ihre Arbeitsstätte finden sollen. Viele Europäer machen sich über das amerikanische System lustig, bei dem an der einen Universität z. B. die Technologie der Eiskremherstellung gelehrt wird, während andererseits (Hoch-)Schulen wie Harvard und Princeton existieren. Nehmen wir das andere Extrem, die Sowjetunion, wo unter den Einrichtungen für Hochschulbildung nur ein geringer Prozentsatz Universitäten im wahren Sinne des Wortes vorhanden sind.

Dennoch wird an ihren Hochschulen für Bergbau, für Hüttenwesen oder für Landwirtschaft eine Menge echter Forschung betrieben, so daß man nicht lediglich von Berufsausbildung im engsten Sinne des Wortes sprechen kann. Ich möchte keinen Augenblick behaupten, daß wir das amerikanische oder russische System übernehmen sollten. Aber wir sollten als Europäer mit den Traditionen und Erfahrungen, die wir besitzen, den Mut haben, uns umzusehen und zu prüfen, was in anderen Ländern entstanden ist. Wir sollten uns klar darüber sein, daß wir auch bei uns neue Dinge entwickeln oder übernehmen müssen, die vielleicht Experimente sind, die es uns aber ermöglichen, das, was wir an Erfahrungen, Kenntnissen und Traditionen besitzen, für die Zukunft umzuformen.

Das Problem der Breitenausbildung bleibt wichtig

Ein anderes Problem besteht in folgender Tatsache: Je mehr die Industrie infolge der großen Entwicklung der Technik nach mehr Spezialisten verlangt und je stärker der Zwang wird, in verschiedenen Richtungen Fachkräfte auszubilden, um so größer wird umgekehrt der Bedarf und die Forderung nach einer breiten Grundausbildung, nach einer wirklichen Erziehung auf einer breitgespannten Basis. In früherer Zeit war es häufig so, daß die Jungen mit 18 Jahren die Schule verließen, in die Industrie gingen und sich dann mühsam emporarbeiteten. Das ist heute aber offenbar nicht mehr ausreichend. Mit der besseren Ausbildung taucht wieder ein anderes Problem auf: Die jungen Leute, die von einer Hochschule oder einem anderen Ausbildungsinstitut kommen und in die Industrie eintreten, glauben, daß sie nun bereits fertige Manager sind. Sie wollen sich nicht mehr die Hände schmutzig machen; sie wollen nicht mehr unten anfangen. Sie glauben, daß sie bereits die Qualitäten und die Qualifikation besitzen, um ganz oben anfangen zu können. Man kann in der Industrie und im Management eine starke Skepsis gegenüber diesen jungen Menschen feststellen.

Die Tatsache ist nun aber die, daß wir uns der Situation gegenübersehen, in der Industrie ganz einfach junge Menschen zu brauchen, die eine Hochschulbildung genossen haben. Wir müssen uns also fragen: Wollen wir dem einen Extrem folgen, nach dem sich die jungen Menschen auf der Hochschule mit Latein und Griechisch, kurz mit dem klassischen Bildungsideal beschäftigen, oder wollen wir auf der anderen Seite das Ziel verfolgen, sie Unternehmensführung zu lehren, damit sie für das Management und die Praxis in der Wirtschaft ausgebildet sind? Oder sollten wir versuchen, einen Mittelweg zu finden, bei dem sowohl das eine als auch das andere in einer abgewandelten Form als Wissen vermittelt wird, bei dem wir vor allen Dingen den jungen Menschen die Einstellung mitgeben, daß sie ihr ganzes Leben lang weiterlernen müssen und daß sie mit der Bereitschaft in die Welt eintreten müssen, die auf der Universität erworbenen Kenntnisse ständig von sich aus einer Überprüfung, Erneuerung und Anpassung zu unterziehen. Die neuen Anforderungen, die von seiten der Wirtschaft und Industrie an den Nachwuchs gestellt werden, verlangen von der Universität nicht nur die Vermittlung immer speziellerer Kenntnisse, sondern auch sehr viel mehr wahre Erziehungsarbeit, die es den einzelnen ermöglicht, sich nachher in der Praxis neue Erkenntnisse und neue Wege selbst zu erarbeiten.



Assimil
**Diktatsysteme
im Stil
unserer Zeit**

Forschung ist heute ein Produktionsfaktor

Auf dem Gebiet der Forschung macht sich gegenwärtig ein neuer Trend bemerkbar. Sowohl auf Staatsebene wie auch innerhalb der großen Unternehmungen hat man in wachsendem Maße erkannt, daß die Investitionen für die Forschung genau so ein wirtschaftlicher Faktor sind, wie Investitionen auf jedem anderen Gebiet; daß man die Mittel, die man für die Forschung investiert, ebenso sorgfältig überprüfen, testen, überlegen und unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten zur Verteilung bringen muß, wie in allen anderen Bereichen auch. Die Forschung ist eine unternehmerische Aufgabe geworden, die ebenso wie alle anderen Aufgaben der Betriebsführung nach Führung und Organisation verlangt. Doch wird vielfach die Forschung auf nationaler Ebene wie in den Unternehmen noch nicht in dieser Form betrachtet. Zu viel Forschungsarbeit ist noch eine Frage der Mode und des Prestiges. — Auf nationaler Ebene können wir diese Prestigeforschung auf dem Sektor der Atombomben und der Raumforschung beobachten.

Andere sehen ihr Prestige auch darin, daß sie die unterentwickelten Länder zu überreden versuchen, Kernreaktoren zu bauen, obwohl sie noch über zu wenig Kräfte verfügen, um sich mit den einfachsten Grundfragen der Wirtschaftsentwicklung beschäftigen zu können. Andererseits sieht man auch in der Wissenschaft junge Physiker sich Problemen widmen, die augenblicklich gerade in Mode sind, während andere, viel wichtigere Forschungsfragen unbearbeitet bleiben.

Auch in Amerika wird sehr viel Arbeit geleistet, die eigentlich unnötig wäre und die man nur tut, um — wie es in der amerikanischen Formulierung heißt *to keep up with the Jones'*, d. h. also, mit dem Standard des Nachbarunternehmens gleichzuziehen. Wenn man aber die Forschung als eine nationale und unternehmerische Investition betrachtet, dann sollte man bereit sein, ihr ein Minimum an Planung zuzugestehen. Betrachten wir die Forschung auf nationaler Ebene, so können wir dabei vier Gruppen unterscheiden. Da gibt es zunächst die sehr großen Länder, wie die USA und die Sowjetunion, die glauben, daß sie allein imstande sind, für sich Forschung auf allen Gebieten in ausreichendem Maße zu betreiben. In den Vereinigten Staaten, wo die Ausgaben für Forschung im Budget jetzt bereits 2% betragen, hat man auch das Gefühl, damit einen Punkt erreicht zu haben, den man vernünftigerweise nicht überschreiten soll. Immer wieder wird die Frage gestellt: Werden diese Mittel nun auch richtig verwandt? Ist es sinnvoller, nach dem Mond zu schießen oder sich der Krebsforschung zu widmen? Damit stellt sich nun auch in diesen großen Ländern die unangenehme Frage nach den Prioritäten. Da die Regierungen an den Ausgaben für Forschung — in Deutschland übrigens weniger als anderswo — stark beteiligt sind, ergibt sich die Notwendigkeit, die Frage zu beantworten: Ist es richtiger die zur Verfügung stehenden 2 Millionen oder Milliarden in der Atomphysik oder in der biologischen Forschung zu verwenden?

Eine zweite Gruppe von Ländern, wie z. B. England, Deutschland, Japan, verfügen über eine qualifizierte Forschungsarbeit, befassen sich auch mit beträchtlichen Vorhaben, können aber allein trotzdem nicht das Ausmaß an Forschungsarbeit bestreiten, das unter dem Gesichtspunkt des nationalen Prestiges und vielleicht sogar unter dem Gesichtspunkt nationaler Notwendigkeiten als wünschenswert angesehen wird.

Dann gibt es kleine, hochentwickelte Länder, wie Skandinavien, die Schweiz und andere, in denen sich dieses Problem in einer noch schärferen Form stellt. Sie können die Mittel zu Forschungsvorhaben, die für die nationale Entwicklung wie für die Entwicklung im weiteren Sinne notwendig wären, nicht aufbringen, weil sich mit den einzusetzenden Mitteln eine optimale Projektgröße vielfach nicht erreichen läßt.

Bei einer vierten Gruppe von Ländern, mit einer Entwicklungsstufe wie etwa Griechenland, die Türkei oder bis hinab zu den eigentlichen Entwicklungsländern, könnte man die Forschung als solche gegenwärtig noch gänzlich unberücksichtigt lassen. Aber leider sehen einige hochentwickelte Staaten ihre Aufgabe darin, in diesen Entwicklungsländern für eine rein akademische Grundeinstellung zur Forschung zu werben, während es sich äußerstenfalls darum handeln sollte, hier die unmittelbar wirtschaftlich anwendbare Forschung zu fördern.

Aber wenden wir uns zurück zu der Gruppe der kleinen hochentwickelten Länder, die sich heute mit Problemen

hinsichtlich der Finanzierung ihrer Forschung auseinandersetzen müssen, vor denen morgen Deutschland und England stehen können. Diese Länder haben bereits die Entscheidung getroffen, daß sie mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln nicht auf jedem Gebiet etwas erreichen können, sondern daß es für sie sinnvoller ist, ihre Ausgaben auf ganz bestimmte Gebiete zu konzentrieren. Gerade bei der Forschung brauchen wir heute einen bestimmten Mindesteinsatz, um überhaupt einen Wirkungseffekt zu erreichen; das bezieht sich sowohl auf die nationale Forschung wie die Forschung innerhalb der einzelnen Unternehmen. Wie soll sich z. B. ein kleines Land wie Norwegen gleichzeitig der Forschung auf dem Gebiete der Atomenergie, der Raumschiffahrt und der molekularen Biologie zusammen mit vielen anderen wichtigen Fragen widmen und die dafür notwendigen Mittel aufbringen? Andererseits ist es natürlich gefährlich, auf dem Gebiete der Forschung eine Entscheidung hinsichtlich einer Spezialisierung zu treffen. Mehrere kleinere Staaten machen jetzt die Erfahrung, daß ihre Spezialisierung auf bestimmte Forschungsprobleme dazu führt, daß sie in bestimmten Wirtschaftsbereichen einfach von der Entwicklung überrollt werden. Wir müssen uns deshalb heute fragen, ob es tatsächlich für ein kleineres Land möglich ist, an der Spitze der technischen Entwicklung zu bleiben, wenn es seine Forschung autark organisiert, oder ob es nicht notwendig ist, auf dem Gebiete der Forschung auf internationaler Ebene vorzugehen und damit praktisch zu einer Integration zu kommen. Wohin die Entwicklung geht, zeigt sich darin, daß man im Europa der Nachkriegszeit viele neue internationale wissenschaftliche Organisationen gegründet hat. Einige kleinere hochentwickelte europäische Länder geben augenblicklich mehr als 35% ihrer im Budget für Forschungszwecke vorgesehenen Mittel im Rahmen solcher übernationalen wissenschaftlichen Organisationen aus, die sich in der Regel nicht auf ihrem Territorium befinden.

Zweifellos haben die Regierungen auf dem Gebiet von Wissenschaft und Forschung eine große Verantwortung. Es geht dabei nicht allein um die Bereitstellung der notwendigen Mittel, sondern die Regierungen stehen vor der Aufgabe, auch das richtige Klima zu erhalten, in dem die wissenschaftliche Forschung gedeihen kann; eine Finanzpolitik zu betreiben, die hierfür zweckmäßig ist, die Schulen und Hochschulen zu schaffen, die erforderlich sind, um den künftigen Bedarf an Wissenschaftlern decken zu können.

Gegenwärtig fehlt es in Europa noch an jeglicher klaren Richtlinie auf dem Gebiete der Wissenschaft und Forschung. Wir könnten die uns zur Verfügung stehenden Mittel in ganz anderer Weise einsetzen, und von den Investitionen, die auf dem Gebiete der Forschung und Wissenschaft vorgenommen werden, einen sehr viel höheren Gewinn haben, wenn mit etwas mehr Sorgfalt und Verantwortungsbewußtsein die sich abzeichnende künftige Entwicklung planvoll berücksichtigt werden würde.

Gerade Europa sieht sich dabei vor eine große Aufgabe gestellt. Aufgrund der Traditionen und Erfahrungen und aufgrund des Fundamentes, das Europa bereits auf dem Gebiete von Wissenschaft und Forschung besitzt, ist es besser als irgendetwas anderer Teil der Welt in der Lage, eine Einstellung zu entwickeln, die es ermöglicht, den künftigen Anforderungen von Wirtschaft und Technik voll gerecht zu werden. Das Problem besteht dabei meines Erachtens nur darin, aus den Traditionen, so, wie sie waren, den Weg in die Zukunft zu finden.

Mehr Geld für die Forschung

Über das Mißverhältnis der Mittel für Grundlagenforschung und der jährlichen Versicherungskosten für Brandschäden hat sich Professor Dr.-Ing. Aschoff/Aachen geäußert. 45 Millionen Mark würden jährlich für Brandschäden von den Versicherungsfirmen ausgezahlt, aber nur 120 000 Mark stünden für die Grundlagenforschung zur Verfügung. Selbst ein Forschungsauftrag des Arbeitsministeriums über die Störungsanfälligkeit von Brandmeldeanlagen könne nicht ohne finanzielle Schwierigkeiten erfüllt werden. Es sei für einen Hochschulprofessor auf die Dauer ein unerträglicher Zustand, wenn er die Mittel für solche Aufträge von Monat zu Monat erbetteln müsse. Professor Aschoff sprach als Rektor der TH Aachen über sein Fachgebiet, die elektrische Nachrichtentechnik, anläßlich eines Seminars über selbständige Brandmeldesysteme; an diesem Seminar nahmen 100 Wissenschaftler aus fünf Ländern teil.

Aus Österreich

Für die Förderung der Forschung und die technische Entwicklung, sollen im Bundesbudget 1965 mindestens 120 Millionen Schilling bereitgestellt werden, wurde auf der Tagung der kooperativen Forschungsinstitute in einem Appell an die Bundesregierung gefordert. Die Verhandlungen über ein Forschungsförderungsgesetz müßten sofort aufgenommen werden. Die kooperative Forschung befürchtet, daß die Forschungsförderung auch weiterhin ein Opfer innerpolitischer Uneinigkeit bleiben werde. Bei der Gestaltung des Forschungsförderungsgesetzes müßten die international gesicherten wissenschafts-politischen Prinzipien, wie Freiheit, Selbstverwaltung, Selbstverantwortung der Forschung und die Notwendigkeit ihrer Flexibilität gewahrt bleiben. Die Bereitschaft, in einem parlamentarisch-wissenschaftlichen Gesprächskreis zur Informierung der Abgeordneten über die Fortschritte der Forschung mitzuwirken, wurde erneut betont.

Die österreichische Rektorenkonferenz bekennt sich zu dem Entwurf zur Konstituierung eines Forschungsrates als Körperschaft öffentlichen Rechtes, wie von den Wiener Professoren Graßberger, Marinelli und Rohracher ausgearbeitet wurde, erklärte der Rektor der Wiener Universität, Albin Lesky, in einem Interview anläßlich der Rektorenkonferenz, die im Juli in Graz tagte. Die Rektoren bemühen sich um eine Erhöhung der staatlichen Wissenschaftshilfe, doch dürfe die Verteilung der Mittel keine Sache des politischen Proporz werden.

Gegen den im neuen Studiengesetz geplanten Passus, wonach die Bezieher von staatlichen Stipendien diese zurückzahlen müssen, wenn sie eine Stellung im Ausland annehmen, protestiert die Hochschülerschaft der Technischen Hochschule Graz. So wichtig es auch sei, die Abwanderung des wissenschaftlichen Nachwuchses ins Ausland einzudämmen, so dürften doch nicht die sozial bedürftigen Studenten durch eine Einschränkung der freien Berufswahl diskriminiert werden.

Die Hochschülerschaft zeigt sich über den Entwurf zum Hochschulstudiengesetz sehr enttäuscht. Die Einführung der Diplomstudien für Philosophie und Jurisprudenz wird wohl als Schritt zu einer Aufwertung des Doktorats begrüßt, doch bezeichnet man im übrigen den Gesetzesentwurf als „Verewigung der derzeitigen Zustände“. Nach dem die Hochschülerschaft bereits in einer einstimmigen Resolution aller drei Faktionen ihre Ansichten zur Hochschulreform dargelegt hat, soll nun eine gemeinsame detaillierte Stellungnahme zu dem vorliegenden Gesetzestext ausgearbeitet und im Herbst nach Abstimmung mit den Professoren den zuständigen Regierungskomitees zugeleitet werden. Gleichzeitig wurde beschlossen, auf den Fakultäten Komitees einzusetzen, die die Einzelheiten der zukünftigen Studienpläne ausarbeiten sollen. Neben einer Auflockerung des starren Fakultätensystems betreffen weitere Forderungen eine Vereinheitlichung des Prüfungswesens, kleinere Lerngemeinschaften, Intensivierung des Seminarbetriebes auf Kosten der Vorlesungen, Forschungssemester für Professoren, sowie eine stärkere Verankerung der Lehr- und Lernfreiheit und eine gesetzliche Verpflichtung für den Staat, Raum und Lehrpersonal in einem zuträglichen Verhältnis zur Hörerzahl zu halten.

Der überragende traditionelle Standort Wiens als Hochschulstadt, dürfe auf keinen Fall preisgegeben werden, erklärte der frühere Kultusminister und jetzige Wiener Stadtrat Drimmel als einen Schwerpunkt seines Kulturkonzeptes. Zu den kulturpolitischen Aufgaben Wiens als moderne Großstadt, als Österreichs Hauptstadt und als Weltstadt zähle auch der Ausbau der Universität auf dem Gelände des ehemaligen Garnisonsspitals, sowie der Technischen Hochschule auf dem Areal zwischen Aspangbahn und Arsenal. Dieses Dreieck sollte zu einer modernen Hochschulstadt umgestaltet werden, in der auch ein internationales Studentenzentrum als Mittelpunkt der studentischen Begegnungen geschaffen werden soll. Wiens geistige Position sei nicht die einer Kopfbahnstation des Westens, sondern die einer Stadt der Begegnungen zwischen Ost und West. Das Programm hat beste Aussichten von allen Parteien als Auftakt für die 600-Jahr Feier der Universität im nächsten Jahr gutgeheißen zu werden.

Das Auditorium maximum der Wiener Universität wird im Zuge der Vorbereitung auf das Universitäts-Jubiläum zur Zeit mit einem Kostenaufwand von anderthalb Millionen Schilling modernisiert. Ein großer Teil dieses Betrages ist für die Installierung einer Simultan-Dolmet-

scheranlage vorgesehen, wodurch die Abhaltung internationaler Kongresse ermöglicht wird. Außer Deutsch können noch vier Fremdsprachen mitgehört werden und alle Teilnehmer sich von ihrem Platz aus an der Diskussion beteiligen.

Die modernste elektronische Großrechenanlage Österreichs ist in der Technischen Hochschule in Wien in Betrieb genommen worden. Die neue Elektronenrechenanlage IBM 7040 ist bereits der vierte Elektronenrechner der Hochschule. 1958 wurde der letzte installiert, der allerdings bereits als völlig überholt gilt. Für eine Verkehrsberechnung, an der die alte IBM-650-Anlage 15 Tage lang arbeitete, benötigt die neue lediglich fünf Stunden. Diese Großrechenanlage soll sowohl der Wissenschaft wie auch der Wirtschaft zugute kommen. Der Bedarf an Fachleuten auf dem Gebiet der elektronischen Datenverarbeitung ist in den letzten Jahren sprunghaft gestiegen. Bis 1970 werden in Österreich 6000 Experten benötigt.

Die Errichtung eines Instituts für Molekularbiologie hat die Österreichische Akademie der Wissenschaften beim Unterrichtsministerium angeregt. Um die eminente Bedeutung dieses Themas für die österreichische Forschung zu unterstreichen, ist der Molekularbiologe und Nobelpreisträger Max Ferdinand Perutz aus Cambridge nach Wien gekommen, um die Errichtung des Institutes zu beraten. Perutz hat in Wien das Theresianum besucht und an der Wiener Universität sein Staatsexamen abgelegt, ehe er 1937 nach Cambridge ging und 1947 dem Medical Research Council beitrug. Er ist jetzt Direktor der Forschung für Molekularbiologie in neuerrichteten Institutsanlagen von 2000 Quadratmetern Umfang mit 110 Personen wissenschaftlichen und technischen Hilfspersonals. Perutz hat sich, seitdem er 1962 den Nobelpreis für Chemie erhalten hat, besonders mit der Funktion des Hämoglobins als eines Sauerstoffträgers beschäftigt. Er gibt einem österreichischen Forschungsinstitut für Molekularbiologie, das voraussichtlich unter der Leitung des Chemikers Hans Tuppy stehen würde, große Chancen. Tuppy's Arbeiten liegen auf dem Grenzgebiet der Molekularbiologie, das sich mit der Forschung über Differenzierung und Entwicklung der Organismen beschäftigt.

Die Konsular- und Diplomatenakademie in Wien, die im 18. Jahrhundert von Kaiserin Maria Theresia geschaffen worden ist, soll im Herbst wiedereröffnet werden. Dies wurde auf einer Tagung der österreichischen Honorarkonsuln mitgeteilt. Stipendien werden nicht nur Österreichern, sondern auch Studenten aus Entwicklungsländern gewährt werden. Ein Drittel der Plätze sollen der Tradition gemäß Ausländern vorbehalten bleiben. Die Ausbildungszeit an der Akademie wird anderthalb Jahre betragen.

An der neuen Hochschule für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in Linz wurde jetzt der Grundstein gelegt. Es werden vorerst nur Diplomvolkswirte und Diplomsoziologen ausgebildet werden, wobei die Soziologen in ihrem Studiengang das Arbeits- und Sozialrecht sowie die Betriebswirtschaftslehre besonders berücksichtigen. Die Studienpläne für beide Studienrichtungen wurden im Rahmen einer Tagung des Unterrichtsministeriums festgelegt. Sie sehen zwei Studienabschnitte mit je vier Semestern vor. Die Abschlußprüfung nach dem ersten Abschnitt umfaßt Privatrecht, öffentliches Recht, Volkswirtschafts- oder Betriebswirtschaftslehre, Statistik sowie ein weiteres Fach, das aus acht zur Auswahl gestellten Fächern gewählt werden kann. Die Abschlußprüfung nach dem zweiten Studienabschnitt enthält dann Volkswirtschaftstheorie, Volkswirtschaftspolitik, Finanzwissenschaft und Betriebswirtschaftslehre. Die Prüfungen der Diplomsoziologen unterscheiden sich dadurch, daß dieses Hauptfach an die Stelle der Betriebswirtschaftslehre tritt. Das Doktorat soll einheitlich für alle Zweige der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften gestaltet werden. Es sieht eine Dissertation aus einem beliebigen, durch eine Lehrkanzel vertretenen Fach sowie Rigorosen mit fünf Prüfern aus vier Fächern vor, und zwar aus Volkswirtschaftslehre, Betriebswirtschaftslehre, Soziologie und einem Wahlfach.

Die Österreichische Studentenförderungsstiftung — 1959 von der Österreichischen Hochschülerschaft im Rahmen der ihr gesetzlich übertragenen Aufgaben ins Leben gerufen — gibt Rechenschaft über ihre Tätigkeit. In Österreich bestehen derzeit 57 Studentenwohnheime mit 5098 Plätzen. Davon entfallen auf Wien 2932, auf Graz 1068,

auf Innsbruck 621, auf Leoben 392 und auf Salzburg 85 Heimplätze. Somit stehen Heimplätze für 10 % aller Studenten in Österreich zur Verfügung. 46 %, das sind 18 400 Studenten, sind sozial bedürftig. Von den ca. 10 000 in Österreich studierenden Ausländern kommen 15 % in Betracht. Ein Heimplatz kostet ca. 12 500 DM. Ohne Berücksichtigung der zu erwartenden steigenden Hörerzahlen fehlen schon jetzt rund 5000 Plätze, was einem Aufwand von ca. 64 Millionen DM entspricht. Die Bauvorhaben der Stiftung werden vor allem durch Subventionen und Spenden finanziert; das Bundesministerium für Unterricht, die Bundesländer (in Österreich stehen Hochschulen bekanntlich in der Kompetenz des Bundes), die Landwirtschaftskammer, die Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft, die Vereinigung Österreichischer Industrieller und einige andere Institutionen und einzelne Firmen gewährten großzügige Unterstützung. Österreichs größtes und modernstes

Heim ist das Heim am Hafnerriegel in Graz mit 355 Plätzen. Das Heim besteht aus Wohneinheiten, die entweder aus fünf Einzelzimmern oder drei Doppelzimmern mit Waschkraum, Brause, Schuhputzraum, Abstellraum und Küche bestehen. In 18 Stockwerken gruppieren sich diese Wohneinheiten spiralförmig um ein zentrales Treppenhaus mit zwei Aufzügen. Ein Heimplatz kostet 36 DM im Doppelzimmer und 44 DM im Einzelzimmer.

Der österreichische Gesprächskreis „Wissenschaft und Wirtschaft“ hatte seine zweite Zusammenkunft zur Erörterung von Fragen der Steuerfreiheit für Spenden an die Wissenschaft, sowie der Mittelbeschaffung für die Forschungsförderung, insbesondere im Staatshaushalt. Der Gesprächskreis beschloß hierfür die Bildung eines Ausschusses. Es ist vorgesehen auf der nächsten Zusammenkunft Probleme der Studiendauer zu behandeln.

Aus der Schweiz

Für die gesamtschweizerische Bildungsplanung ist im vergangenen Jahr der „Bericht Schultz“ vorgelegt worden, der in diesem Jahr über die Fragen der Hochschulförderung durch den „Bericht Labhardt“ ergänzt werden wird. Nach Professor Kneschaurek/St. Gallen sollte die Kapazität der schweizerischen Hochschulen bis 1970 verdoppelt oder gar verdreifacht werden. Die Zahl der Studenten von 1958 bis heute stieg in Zürich von 2500 auf 5000, in Freiburg von 1350 auf 2500, und in Basel ist man am Ende der Kapazität angelangt. Zwei Drittel des Zuwachses dürften auf die deutsche Schweiz fallen. Luzern gilt als idealer Standort einer neuen Hochschule. Es würde sich um eine staatliche Universität handeln, die zu Freiburg als ausgesprochen katholischer Hochschule nicht in Konkurrenz tritt.

Zu einem Studententag an der Schweizerischen Landesausstellung in Lausanne haben sich mehrere tausend Studenten aller schweizerischen Hochschulen und Universitäten auf Einladung ihres Dachverbandes, des Verbandes der Schweizerischen Studentenschaften (VSS) eingefunden. Vor allem die Vielfalt der Couleurs der farbentragenden Verbindungen habe in der ganzen Ausstellung die Präsenz der akademischen Jugend bewiesen. Auf große Massenveranstaltungen war verzichtet worden. Eine außerordentliche Generalversammlung des VSS mit Diskussion über „Die Stellung der Studenten in der nationalen Gemeinschaft“ war die einzige gemeinsame Veranstaltung, auf der eine Grundsatzentscheidung zu Sozial- und Hochschulfragen angenommen wurde. Sie umfaßt 11 Punkte, die nach schweizerischer Auffassung „Nichts wesentlich Neues“ aussagen. Nach einer Uraufführung der Berner Studentenbühne bildete ein Ball den Abschluß des Tages.

Der Verband der Schweizerischen Studentenschaften (VSS) hat aus Anlaß der Expo 1964 eine Schrift über „Studenten — Universität — ihre Zukunft“ herausgegeben. Bundesrat Tschudi begrüßt in seinem Geleitwort, daß sich die Studenten mit den Problemen der Schulung, der Bildung und der Forschung beschäftigen, die sich in der Schweiz stellen, und ihre Ideen und Vorschläge publizieren. VSS-Präsident Jaques Forster schildert aus der Sicht des Verbandes die Wandlung der Aufgabenkreise des VSS, deren Mittelpunkt heute das „Recht auf Bildung“ darstellt. Jean-Pierre Ghelfi fordert als Vizepräsident für Soziales eine zeitgemäßere Politik des Unterrichtswesens, währenddessen Alain Modoux, Vizepräsident für Universitätsfragen für eine neuzeitliche Universität plädiert. Schließlich äußert sich noch Rolf Egger, Vizepräsident für internationale Beziehungen, zur Rolle des VSS in der Gemeinschaft der Nationalverbände.

Ein neues Besoldungsregulativ für den Lehrkörper der ETH Zürich hat der Bundesrat rückwirkend auf den 1. Januar 1964 beschlossen. Die Besoldung der ordentlichen Professoren besteht aus dem Grundgehalt, den Alterszulagen und den allfälligen Zulagen für Institutsleitung und für außerordentliche Unterrichtsbelastung. Das Grundgehalt beträgt 40 500 Fr. im Jahre. Die Alterszulagen betragen 800 Fr. im Jahre und steigen bis auf 8000 Fr., die erste Alterszulage wird im zweiten Jahre nach erfolgtem Amtsantritt ausgerichtet. Für die Leitung von Instituten und Laboratorien sowie für außerordentliche Unterrichtsbelastung kann der Bundesrat Zulagen bewilligen, die bis 20 % der Besoldung der ordentlichen Professoren aus dem festen Gehalt (27 000 Fr.), den Alterszulagen (600 bis 6000 Fr.) sowie dem Anteil an den Studiengeldern (4200

bis 7700 Fr.) betragen können. Die außerordentlichen Professoren beziehen jährlich ein Grundgehalt von 36 500 Fr., ferner wie die ordentlichen Professoren Alterszulagen von 800 bis 8000 Fr. und allfällige Zulagen für Institutsleitung und außerordentliche Unterrichtsbelastung. Für die Dozenten mit Lehrauftrag ist die Entschädigung pro wöchentliche Vorlesungs-Semesterstunde von wenigstens 450 auf mindestens 800 Fr. heraufgesetzt worden.

An der Hochschule St. Gallen für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften hat sich die Studentenzahl in den letzten acht Jahren genau verdoppelt. Sie weist heute 1150 immatrikulierte Studierende auf. Der Senat sieht künftighin eine Zerteilung des Studiums vor: 4 Semester bis zu einem Vordiplom mit einheitlicher Studiengestaltung für alle Semester, darauf aufbauend 4 weitere Semester, aufgliedert nach Studienrichtungen und Lehrgängen. Mit 8 Semestern wird sich die Hochschule St. Gallen somit der deutschen Regelung anschließen.

Luzerner Universitätspläne werden seit Jahren diskutiert, so daß letzthin der bisherige Kanzler der Universität Freiburg, Dr. Hubert Aepli, zum Delegierten für Universitätsfragen in Luzern gewählt worden ist. Eine Studienkommission erhielt den Auftrag, das Bedürfnis und die Möglichkeit der Gründung einer Hochschule im Kanton Luzern zu prüfen und abzuklären, welche Fakultäten in erster Linie zu verwirklichen wären. In den Bereich der Beratungen sind auch die Standortfrage, das Bauvolumen und die Finanzierung einzubeziehen. Man denkt nicht von Anfang an eine Volluniversität, sondern möchte sich auf einige Studienrichtungen beschränken. Zudem soll eine Hochschule in Luzern nicht bloß regionale Wünsche, sondern auch gesamtschweizerische Bedürfnisse berücksichtigen. In der Schweiz sollten bis 1970—75 zusätzliche Studienplätze für schätzungsweise 20 000 Hochschulstudenten geschaffen werden.

Für den Bau eines Studentenwohnheimes der beiden Zürcher Hochschulen hat die Schweizerische Rückversicherungsgesellschaft zwei Millionen Franken gespendet. Die Schwierigkeit, für Studierende in Zürich Zimmer zu finden, sei derart, daß in machen Fällen ein fruchtbares Studium fast unmöglich wird, wie von seiten der Rektorate der Eidgenössischen Technischen Hochschule und der Universität Zürich in einem Dankbrief hervorgehoben wird. Daß sich führende Kreise der schweizerischen Wirtschaft zugunsten der Hochschulen in solcher Weise engagieren, wird als ein Zeichen ihrer Verbundenheit mit den Trägern der Wissenschaft öffentlich anerkannt.

In einer Universitätsdebatte hat der Aargauer Große Rat über das Problem einer aargauischen Universitätsgründung debattiert. Um für eine Volksabstimmung der Aargauer Bevölkerung ein fest umrissenes Programm vorlegen zu können, wurde ein Kredit von einer Viertelmillion Franken zur Verfügung gestellt, die es erlauben wird, genauestens zu klären, wie sich der Aargau am schweizerischen Hochschulwesen beteiligen kann. Es steht zur Entscheidung, ob eine finanzielle Beteiligung des Kantons an einer oder mehreren bestehenden Hochschulen erfolgen oder ob der Aargau eine eigene Universität schaffen soll. In jedem Falle ist der Kanton entschlossen, sich an der Überwindung der gegenwärtigen Schwierigkeiten im schweizerischen Hochschulwesen finanziell oder auch institutionell, gegebenenfalls auch durch Errichtung einer Medizinischen Fakultät zur Verringerung des Ärztemangels oder sonstiger Spezialinstitute zu beteiligen.

Promotionsordnungen als Lose-Blatt-Sammlung

Als erster Band einer auf größerem Umfang angelegten Sammlung deutscher Hochschulvorschriften erscheinen soeben im Verlag Hochschul-Dienst die „Promotionsordnungen“. Herausgeber ist Dr. Bernhard Bengeser, Ministerialrat beim Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung, derzeit vorübergehend in einer internationalen Organisation der Wissenschaftsförderung tätig.

Das Hauptstück des Bandes „Promotionsordnungen“ bilden die nach Bundesländern und Hochschulen geordneten Texte der Promotionsordnungen, denen Hinweise für die Benutzung und ein Gesamtverzeichnis vorangestellt sind. Von den mehr als 140 einschlägigen Vorschriften an den wissenschaftlichen Hochschulen in der Bundesrepublik und in Berlin (West) sind in der Erstausgabe all jene abgedruckt, die Ende 1963 vollgültig in Kraft waren. Eine gleichzeitig erscheinende Ergänzungslieferung berücksichtigt inzwischen eingetretene Änderungen.

Ein weiterer Teil der Sammlung befaßt sich mit den Texten einschlägiger Gesetze, Verordnungen, Erlasse und sonstiger Vorschriften. Hier sind neben staatlichen Bestimmungen aus dem Bundesgebiet und aus West-Berlin auch die in Mitteldeutschland geltenden Verordnungen, Durchführungsbestimmungen und Richtlinien abgedruckt.

Diesen beiden Textteilen hat der Herausgeber als Einführung eine Studie über die „Doktorpromotion in Deutschland“ vorangestellt, die jetzt auch als Sonderdruck erschienen ist. (Eine ausführliche Besprechung erscheint in der nächsten Ausgabe.) Hier werden Begriffe erläutert und die geschichtliche Entwicklung sowie die derzeitigen Verhältnisse geschildert, darüber hinaus aber auch die wissenschaftlichen Erfordernisse der Promotion untersucht.

In seinem Vorwort führt der Herausgeber unter anderem aus, daß nur ein Teilbereich des akademischen Lebens von Rechts- und Verwaltungsregeln bestimmt oder erfaßt werde. Wenn auch die Wissenschaft dadurch nicht unmit-

telbar gefördert werde, so ermöglichten sie doch in wesentlichem Umfang deren Pflege und Organisation. Daher dürfe ihre Bedeutung nicht unterschätzt werden. Im Hinblick darauf, daß Dasein und Wirken der wissenschaftlichen Hochschulen sich heutzutage vielschichtig und kompliziert gestalten, sei Institutionalisierung und rechtliche Ordnung vonnöten, damit die unverzichtbare freiheitliche Grundlage akademischer Existenz erhalten bleibe und ein reibungsloser Geschehensablauf gewährleistet sei. Die Darbietung der an den wissenschaftlichen Hochschulen im Bundesgebiet und in West-Berlin geltenden Promotionsordnungen und des einschlägigen mitteldeutschen Vorschriftenmaterials solle nicht nur dem engeren Kreis der Doktoranden von Nutzen sein, sondern der gesamten akademischen Welt und der interessierten Öffentlichkeit, insbesondere auch allen mit den Fragen der Hochschulreform befaßten Stellen.

Die Form der Lose-Blatt-Sammlung sei gewählt worden, weil sie allen Anforderungen am besten Rechnung trage. Sie erleichtere nicht nur die Feststellung des geltenden Rechts, sondern ermögliche durch Aufbewahrung der außer Kraft getretenen Vorschriften auch einen zuverlässigen Rückblick auf die Vergangenheit.

Maßgebende Persönlichkeiten des wissenschaftlichen Lebens in der Bundesrepublik haben der Sammlung Geleitworte gewidmet. Neben dem Rektor der Universität Würzburg, die schon seit längerer Zeit die Bestrebungen des Herausgebers unterstützt, begrüßen der Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz, Prof. Dr. Speer, ferner der Präsident der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder, Prof. Dr. Mikat, sowie der Bundesminister für wissenschaftliche Forschung, Hans Lenz, das Vorhaben. Diese Widmungen lassen zugleich erkennen, daß das Hochschulrecht auf mehreren Ebenen beheimatet und sogar für wichtige Gebiete der vom Bund in Anspruch genommenen Gesetzgebung von Bedeutung ist.

Kurz berichtet

Bund und Länder wollen künftig die bildungspolitischen Pläne gemeinsam beraten, wie ein Gespräch zwischen Bundeskanzler Erhard und Kultusminister Mikat, dem amtierenden Präsidenten der Kultusministerkonferenz, ergeben hat. Auch die Schulpolitik in der Bundesrepublik soll künftig von einem Bildungsrat koordiniert werden, in dem neben Vertretern des Bundes und der Länder Pädagogen und Experten der Bildungspolitik vertreten sein werden. Die Kultusministerkonferenz wird noch in diesem Herbst der Bundesregierung einen Vorschlag unterbreiten, der die näheren Einzelheiten regelt. Der Bildungsrat, dem die Bildungsplanung übertragen werden wird, soll personell und institutionell eng mit dem schon bestehenden Wissenschaftsrat verbunden werden. Mikat schlug dem Bundeskanzler vor, das Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister mit den Vorarbeiten zu beauftragen. Ausgangspunkt dieser Vereinbarung ist der Plan des baden-württembergischen Kultusministers Wilhelm Hahn, über den wir bereits in der letzten Ausgabe berichtet haben. Bei dem Gespräch sind auch die beiden Abkommen zur Finanzierung bestehender und neu zu gründender Hochschulen erörtert worden. Hauptgesprächspunkt war die Besetzung der gemeinsamen Kontaktkommission, die das Verwaltungsabkommen zwischen Bund und Ländern vorsieht. Der Bund wird in dieser Kommission durch Bundeskanzler Erhard, Forschungsminister Lenz, Innenminister Höcherl, Finanzminister Dahlgrün und dem Minister für Angelegenheiten des Bundesrates, Niederalt vertreten sein. Die Länder wollen die Ministerpräsidenten Kiesinger, Diederichs und Altmeier, den Hamburger Bürgermeister Nevermann, den nordrhein-westfälischen Finanzminister Pütz und den hessischen Kultusminister Schütte in die Kommission schicken. Beide Partner sind gewillt, die Probleme der Wissenschafts- und Forschungsförderung und der allgemeinen Bildung nunmehr konsequent zu lösen.

Die Bundesregierung wird nach den Parlamentsferien mit ihrem ersten Wissenschaftsbericht die finanzielle Rechnung für Forschung und Lehre bis 1968 vorlegen und eine Erhöhung der Gelder für die allgemeine Wissenschaftsförderung um das Dreifache gegenüber dem gegenwärtigen Haushaltsjahr fordern. Die Ausgaben für Atom-

und Weltraumforschung sollen jeweils um das Doppelte erhöht werden. Der Bericht wird außerdem vorschlagen, die „Wissenschaftsräte“ des Bruttosozialprodukts künftig zu dynamisieren. Sie soll bei etwa drei Prozent des Sozialprodukts liegen. Gegenwärtig werden im Bundeshaushalt für die allgemeine Wissenschaftsförderung 378 Mill. DM, für die Weltraumforschung 150 Mill. DM und für die Atomforschung 330 Mill. DM ausgegeben.

Engere Beziehungen zwischen Politik und Wissenschaft in der Bundesrepublik hat das Mitglied des SPD-Bundesvorstandes Waldemar von Knoeringen gefordert. Er stellte die Vereinigten Staaten als Beispiel auf diesem Gebiet hin. Dort sei die Haltung der Wissenschaftler zu politischen Fragen nicht durch weltanschauliche Beweggründe gehemmt. Der Einfluß der wissenschaftlichen Forschung auf die politische Entscheidung sei in den USA vielfältig. Angefangen vom amerikanischen Präsidenten, der einen eigenen wissenschaftlichen Berater mit einem entsprechenden Arbeitsstab zur Verfügung habe, über die Ministerien und politischen Instanzen bis zu den kommunalen Verwaltungen seien engere Kontakte mit der Wissenschaft vorhanden als in der Bundesrepublik, in der man bisher „kaum etwas zuwege gebracht habe“. Knoeringen sieht in der Beziehung von wissenschaftlicher Forschung und politischer Entscheidung eine der bedeutenden Nahtstellen einer neu sich entwickelnden gesellschaftlichen Ordnung.

Die Wissenschaft „aus dem Haushaltsdenken ausklammern“, will Bundesforschungsminister Lenz, weil die gegenwärtigen Bestimmungen der Reichshaushaltsordnung zu starr seien, um die Wissenschaft wirksam fördern zu können. Vorläufig soll versucht werden, durch Bindungsermächtigungen im Haushalt eine längerfristige Planung zu ermöglichen. Lenz erklärte noch, daß bei der Entwicklung der deutschen Wissenschaft eine verstärkte finanzielle Förderung allein nicht ausreichte. Die Wissenschaft selbst müsse vielmehr nach neuen Wegen der Forschung suchen. Vor allem sei die Zusammenarbeit verschiedener Disziplinen in der Bundesrepublik noch nicht so wirksam wie im Ausland ausgebaut. — Nicht nur bessere Bezahlung, sondern auch bessere Aufgaben locken die deutschen Wissenschaftler ins Ausland. Es komme darauf an, den Wissen-

schafflern in der Bundesrepublik auch verlockende Arbeitsplätze zu schaffen. Über die Bezahlung lasse sich reden. — Er sehe seine Aufgabe darin, sagte der Minister, außer den Atomforschungsanlagen die Förderung der deutschen Forschung zu koordinieren. Dabei wolle er die Länder unterstützen. Man müsse immer wieder betonen, daß gerade auf dem Gebiet der Hochschulen die Bundesländer sehr viel geleistet hätten. Auch solle die Exekutive bei den Ländern belassen werden. Es genüge, wenn der Bund in einigen Fragen ein Mitspracherecht erhalte und aus der Rolle des „Nur-Geldgebers“ herauskomme. Nach Ansicht von Lenz sollte angestrebt werden, 3,5 Prozent des Brutto-Sozialproduktes für Wissenschaft und Forschung auszugeben. Auch die deutschen Firmen müßten durch Steuer-Erleichterungen die Möglichkeit erhalten, größere Forschungsaufgaben zu verwirklichen.

Zum Gründungs-Rektor der neuen Universität in Regensburg ist vom bayerischen Kultusministerium der Rektor der Universität Erlangen-Nürnberg, Götz Freiherr von Pölnitz, bestellt worden. Der Grundstein für die geplante vierte bayerische Landesuniversität in Regensburg ist noch nicht gelegt. Man rechnet mit 1,1 Millionen DM Planungs- und Erschließungskosten und schätzt die Baukosten auf mindestens 1,2 Milliarden DM. Die Regensburger Universität soll in der ersten Phase 2000 Studenten aufnehmen können und zunächst eine wirtschafts- und sozialwissenschaftliche sowie eine sprachwissenschaftliche Fakultät mit insgesamt 50 Professoren aufnehmen.

Die Zahl der Ingenieurschulen in der Bundesrepublik soll bis 1970 von 97 auf 114 erhöht werden. Gleichzeitig rechnet man mit einem Anwachsen der Studentenzahl von rund 52 000 auf rund 82 000. Die Dokumentation der Kultusministerkonferenz über Neuordnung und Ausbau der Ingenieurschulen, die jetzt in Bonn veröffentlicht wurde, gibt an, daß die Zahl der Lehrkräfte an diesen Schulen von rund 3000 auf fast 4800 steigen wird. Von den neu zu errichtenden Ingenieurschulen sollen drei in Baden-Württemberg (Biberach/Riß, Offenburg und Ravensburg) eine in Hamburg, zwei in Hessen (Rüsselsheim und Darmstadt), eine in Niedersachsen (Wilhelmshaven) und zehn in Nordrhein-Westfalen (Bochum, Burgsteinfurt, Detmold, Gummersbach, Jülich, Minden, Paderborn, Recklinghausen, Remscheidt und Soest) eingerichtet werden. Außerdem sollen 92 der vorhandenen Ingenieurschulen ausgebaut und erweitert werden. Die Kosten für den Ausbau der 17 Ingenieurschulen werden auf rund 447 Millionen DM beziffert.

Neue Rechenanlagen haben zwei Wissenschaftszentren in der Bundesrepublik erhalten. In Göttingen haben die Max-Planck-Gesellschaft und die aerodynamische Versuchsanstalt ein gemeinsames Rechenzentrum eingerichtet, und die Technische Hochschule München verfügt nun über den modernsten elektronischen Analogrechner in der Bundesrepublik. Das Göttinger Rechenzentrum übernimmt für Institute der Max-Planck-Gesellschaft und andere wissenschaftliche Einrichtungen die Auswertung von Daten. Der Münchener Analogrechner wird vor allem auch komplizierte mathematische Probleme lösen. Bisher bearbeitete man mit solchen Geräten vor allem praktische Aufgaben der Physik.

Eine Verstärkung auch des kulturellen Austausches mit der Sowjetzone hat der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Erich Mende, angekündigt. Die Bundesregierung werde diese Maßnahmen finanziell unterstützen und politische Bedenken, die auftauchen könnten, nicht überbewerten. — Zehn Wissenschaftler und Ärzte aus der Sowjetzone haben am Internationalen Biochemiker-Kongreß in New York teilgenommen.

Eine Ringvorlesung über Verkehrsmedizin soll im Wintersemester an der Münchener Universität gehalten werden. Angesichts der Zahl der Verkehrsunfälle reiche dieser erste Schritt aber nicht aus. Es werden deshalb Lehrstühle für Verkehrsmedizin an den Hochschulen seitens der Verkehrswacht gefordert.

Der Ausschluß von „Studenten-Veteranen“ kommt an deutschen Hochschulen in Gang, wie aus zwei Meldungen hervorgeht. In Berlin hat Professor Bettermann von der Juristischen Fakultät der Freien Universität Berlin (FU) den Beschluß seiner Fakultät als „Wohltat“ für die Studenten bezeichnet, allen Studenten, die schon zwölf und mehr Semester studieren, die Zulassung zum weiteren Studium an der Freien Universität zu entziehen. Die Berliner Rechtsfakultät hatte Mitte Juli an mehr als hundert langjährige Studierende Briefe geschickt, in denen

ihnen mitgeteilt wurde, daß sie für das Wintersemester 1964/65 nicht mehr zum Studium zugelassen würden. — In Marburg hat der Rektor Professor Niebergall, mitgeteilt, daß elf ausländischen Medizinstudenten die Fortführung ihres Studiums in Marburg untersagt worden sei. Niebergall, der damit zu Demonstrationen deutscher Studentengruppen für ihre ausländischen Kommilitonen Stellung nahm, begründete die Maßnahme der Universität damit, daß die Studienplätze für andere Bewerber dringend benötigt würden. Acht ausländische Studenten hätten sich bisher, obwohl sie bereits im achten bis dreizehnten Semester studierten, noch immer nicht zur Ablegung des Physikums entschließen können, drei seien der Aufforderung der Fakultät, sich zu melden, nicht gefolgt.

Die amerikanischen Universitäten hatten im Studienjahr 1963/64 mit 70 000 ausländischen Studenten so viele Hörer aus dem Ausland wie niemals zuvor. Die Zahl der ausländischen Forscher, Dozenten und Gastprofessoren stieg im gleichen Jahr um 44 Prozent auf rund 8000. Aus Europa kamen 9300 Studenten und 3400 Wissenschaftler in die USA. Unter anderem waren es 1700 Studierende aus Großbritannien und 572 aus der Bundesrepublik. In der gleichen Zeit studierten 1460 Amerikaner an den westdeutschen Universitäten.

Neue Studien-Pläne treten für die Technische Hochschule in Chemnitz ab September in Kraft. Die neuen Lehrpläne die nach einer „öffentlichen Verteidigung“ verabschiedet wurden, sehen vor allem eine verstärkte Grundausbildung der Studenten in den mathematisch-naturwissenschaftlichen und technischen Fächern vor. Alle neuimmatrikulierten Studenten sollen einen zweiwöchigen Vorbereitungskursus vor Aufnahme ihres Studiums ablegen. Besonders begabten Studenten räumt der neue Studienplan die Möglichkeit ein, ihre Prüfungen beziehungsweise Diplomarbeit vorfristig abzulegen.

Auf der 27. Internationalen Erziehungskonferenz in Genf waren mehr als achtzig Länder, darunter die Bundesrepublik, vertreten. Die Konferenz wird alljährlich im Juli in Genf gemeinsam von der UNESCO und dem internationalen Büro für Erziehungswesen veranstaltet. Auf der diesjährigen Konferenz sollten sich Minister und Vertreter der Kultus- und Erziehungsministerien der teilnehmenden Länder mit drei Hauptthemen befassen: 1. der Erwachsenenbildung und Beseitigung des Analphabetentums, 2. dem Unterricht lebender Sprachen in höheren Schulen, 3. den Berichten verschiedener Kultusministerien über das Schuljahr 1963/64. Mit einem politischen Eklat wurde die Konferenz auf bestimmte Zeit kurz nach der Eröffnung vertagt. Die Veranstalter, UNESCO und Internationales Büro für Erziehungswesen, wurden der Sabotage an der Konferenz beschuldigt, weil die westlichen und lateinamerikanischen Delegationen sowie Vertreter der UNESCO und des Büros des Erziehungswesens die Konferenz verlassen hatten, als die Mehrheit der afroasiatischen und der Ostblockdelegationen den Ausschluß Portugals wegen seiner Kolonialpolitik beschlossen hatte.

Über 265 000 Studenten waren im Wintersemester 1963/64 an den 48 wissenschaftlichen Hochschulen der Bundesrepublik (einschließlich der 17 philosophisch-theologischen und kirchlichen Hochschulen) voll immatrikuliert. Darunter befanden sich nach Mitteilung des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden 24 539 Studienanfänger, 13 482 Studierende an den ein- oder angegliederten pädagogischen Hochschulen und entsprechenden Einrichtungen, 2 617 Studierende an philosophisch-theologischen und kirchlichen Hochschulen sowie 23 285 Ausländer. Die Gesamtzahl der vollimmatrikulierten Studierenden hat sich gegenüber dem Wintersemester 1962/63 um 4,8 Prozent erhöht. Die deutschen Studienanfänger nahmen im gleichen Zeitraum um 4,9 Prozent zu. Ihr Anteil an den deutschen Studierenden macht 8,0 Prozent aus und hat sich damit gegenüber dem Wintersemester 1962/63 (9,8 Prozent) verringert. Die deutschen Studentinnen (57 688) waren mit einem Anteil von 23,8 Prozent im Wintersemester 1962/63 vertreten. Die Ausländer machten 9,1 (9,8) Prozent aller Studierenden aus. Die von den deutschen Studierenden (ohne Beurlaubte und Gasthörer) am häufigsten gewählten Studiengebiete waren: Kulturwissenschaften 20,7 Prozent, technische Fächer 15,4 Prozent, Wirtschaftswissenschaften 15 Prozent, Naturwissenschaften 14,8 Prozent, allgemeine Medizin 11,8 Prozent, Rechtswissenschaft 8,2 Prozent und Lehramter für Volks-, Mittel- und Berufsschulen 5,8 Prozent.

PERSONALIA

NEUE REKTOREN UND DEKANE

Berlin (Kirchliche Hochschule): Prof. Lic. Walter Dress (Kirchengeschichte) ist für das Amtsjahr 1964/65 zum Rektor gewählt worden.

Braunschweig: Für die Amtszeit vom 1. August 1964 bis zum 31. Juli 1966 wurde Prof. Dr.-Ing. Kurt Löhner (Kolbenmaschinen) zum Rektor gewählt. (Berichtigung zu HD Nr. 14).

Gießen: Prof. Dr.-Ing. Dr. med. vet. Walter Boguth (Chemische Physiologie) wurde für das am 1. Oktober beginnende Amtsjahr 1964/65 zum Rektor gewählt.

Münster: Zu Dekanen für das am 15. 10. beginnende Amtsjahr 1964/65 wurden gewählt: Prof. Dr. theol. Dr. phil. Eduard Hegel (Mittlere und Neuere Kirchengeschichte) für die Katholisch-Theologische Fakultät, Prof. Dr. theol. Willi Marxsen (Neutestamentliche Exegese und Theologie) für die Evangelisch-Theologische Fakultät, Prof. Dr. rer. pol. Herbert Timm (Volkswirtschaftslehre) für die Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät, Prof. Dr. med. Karl Rothschild (Geschichte der Medizin) für die Medizinische Fakultät, Prof. Dr. phil. Karl Schneider (Englische Philologie) für die Philosophische Fakultät und Prof. Dr. rer. nat. Harald Schäfer (Anorganische und analytische Chemie) für die Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät.

Regensburg: Magnifizenz Prof. Dr. phil. habil. Frhr. von Pölnitz/Erlangen-Nürnberg (Geschichte, insbesondere Wirtschafts- und Sozialgeschichte) wurde zum Gründungsrektor bestellt.

BERUFUNGEN UND ERNENNUNGEN

a) ordentliche Professoren

Clausthal-Zellerfeld: Privatdozent Dr. rer. nat. Günter Meinardus/Hamburg (Mathematik) wurde zum ordentlichen Professor ernannt und auf den Lehrstuhl B für Mathematik berufen; ebenso wurde Dozent Dr. rer. nat. Brehler/Marburg (Mineralogie) zum ordentlichen Professor ernannt und auf den Lehrstuhl für Mineralogie (Strukturforschung) berufen.

Erlangen-Nürnberg: Prof. Dr. phil. Franz Brunhölzl (Lateinische Philologie des Mittelalters) hat einen Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl für Lateinische Philologie des Mittelalters der Philipps-Universität Marburg erhalten. — Universitätsdozent Dr. phil. Joseph Schütz/München (Slavische Philologie) wurde zum ordentlichen Professor der Slavischen Philologie ernannt.

Freiburg: Prof. Dr. rer. nat. Gerhart Drews (Allgemeine Botanik und Mikrobiologie) wurde zum ordentlichen Professor ernannt und ihm der ordentliche Lehrstuhl für Mikrobiologie übertragen.

Göttingen: Prof. Dr. rer. nat. Hans Günther Schlegel (Mikrobiologie) hat einen Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl für Mikrobiologie an der Universität Kiel erhalten. — Prof. Dr. jur. Wolfram Henckel (Zivilrecht, Handels- und Prozeßrecht) hat einen Ruf auf den Lehrstuhl für Bürgerliches Recht und Zivilprozeßrecht an der Universität Bonn erhalten. — Privatdozent Dr. rer. nat. Hans-Ulrich Harten/Hamburg (Angewandte Physik) ist zum ordentlichen Professor ernannt und auf das neu errichtete 4. Ordinariat für Experimentalphysik berufen worden. — Ao. Prof. Dr. rer. nat. Karl Hasel (Forstgeschichte, Forstschutz und Naturschutz) wurde zum ordentlichen Professor ernannt.

Heidelberg: An Prof. Dr. phil. Teut Andreas Riese (Anglistik) erging ein Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl seines Faches an der Universität Würzburg.

Kiel: Privatdozent Dr. rer. nat. Friedrich Wilhelm/München (Geographie) wurde zum ordentlichen Professor ernannt und in die Professur für Geographie eingewiesen. — Ao. Prof. Dr. phil. nat. Karl Krömmelbein (Geologie, Paläontologie) wurde durch die Umwandlung des bisherigen Extraordinariats für Paläontologie in ein Ordinariat zum ordentlichen Professor ernannt.

München: Prof. Dr. phil. Wilhelm Messerer (Kunstgeschichte) erhielt einen Ruf auf den Lehrstuhl seines Faches an der Phil.-theol. Hochschule Bamberg. — Prof. Dr. jur. Ernst Steindorf/Tübingen (Bürgerliches Recht, Internationales Privat- und Wirtschaftsrecht) hat die Berufung auf einen Lehrstuhl seines Faches angenommen.

Münster: Prof. Dr. theol. Erwin Iserloh/Trier (Mittelalterliche und Neuere Geschichte, Kirchengeschichte)

wurde zum ordentlichen Professor für Ökumenische Theologie ernannt.

Würzburg: Prof. Dr. jur. Heinz Paulick (Finanz-, Wirtschafts- und Sozialrecht) erhielt einen Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl für Steuerrecht an der Universität Köln. — Prof. Dr. phil. Kurt Ruh (Deutsche Philologie) erhielt einen Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl für Deutsche Philologie, Ältere Abteilung, an der Universität Bern.

b) außerordentliche Professoren

Berlin (FU): Dr. phil. Georg Knauer (Klassische Philologie) wurde zum außerordentlichen Professor ernannt.

Göttingen: Privatdozent Dr. med. Jürgen Stoffregen (Anästhesie) wurde zum außerordentlichen Professor ernannt und ihm der neu errichtete außerordentliche Lehrstuhl seines Faches übertragen. — Staatsarchivrat Dr. phil. Hans Goetting/Wolfenbüttel (Historische Hilfswissenschaften, besonders Urkundenlehre und Paläographie, Rechts- und Verfassungsgeschichte, Kirchengeschichte) hat den Ruf auf den neu errichteten außerordentlichen Lehrstuhl für Historische Hilfswissenschaften angenommen.

c) Honorarprofessoren

Göttingen: Ministerialdirigent Dr. jur. Dr. rer. pol. Edgar Lenski wurde zum Honorarprofessor ernannt, für die Zeit, in der er das Fachgebiet Steuerrecht vertritt. — Dr.-Ing. Stefan J. Bach, Ph. D./Bristol (Physiologische Chemie) wurde zum Honorarprofessor ernannt.

München: Dr. med. Detlev Ploog, Leiter der Abteilung für Verhaltensforschung an der Deutschen Forschungsanstalt für Psychiatrie, wurde zum Honorarprofessor bestellt.

d) Wissenschaftliche Räte

Göttingen: Prof. Dr. theol. Ernst Schäfer (Christliche Archäologie und Kirchliche Kunst) ist zum Wissenschaftlichen Rat ernannt worden, mit der Verpflichtung, das Fach Byzantinische Kunstgeschichte zu vertreten. — Prof. Dr. rer. nat. Gerhard Lyra (Mathematik) wurde zum Wissenschaftlichen Rat ernannt, mit der Verpflichtung, sich besonders der Ausbildung der Lehramtskandidaten anzunehmen.

Münster: Zu Wissenschaftlichen Räten wurden ernannt: Dozent Dr. phil. Max Imdahl (Kunstgeschichte) und Dozent Dr. phil. Helmut Thierfelder (Althistorische Hilfswissenschaft).

e) Außerplanmäßige Professoren

Darmstadt: Privatdozent Dr. rer. nat. Haro von Buttler (Kernphysik) wurde zum außerplanmäßigen Professor ernannt.

Göttingen: Prof. Dr. rer. nat. Rudolf Klöpffer/Freiburg, ist im Wege der Umhabilitation die *venia legendi* für Geographie verliehen worden. — Privatdozent Dr. oec. publ. Werner Hofmann (Volkswirtschaftslehre und Wirtschaftssoziologie) ist zum außerplanmäßigen Professor ernannt worden. — Dr. med. Eberhard Harbers (Strahlenbiologie), Oberassistent am Institut für Medizinische Physik und Biophysik, wurde zum außerplanmäßigen Professor ernannt.

München: Zu außerplanmäßigen Professoren wurden ernannt: Privatdozent Dr. med. Johann Jungwirth (Gerichtliche und Versicherungsmedizin), Privatdozent Dr. med. Eberhard Buchborn (Innere Medizin) und Privatdozent Dr. med. Hans Heß (Innere Medizin). — Außerdem wurde dem Privatdozenten und o. Prof. Dr. phil. Heinz-Rolf Lückert/PH München (Psychologie) die Bezeichnung apl. Professor verliehen.

f) Dozenten und Privatdozenten

Erlangen-Nürnberg: Zu Dozenten wurden ernannt: Oberassistent Privatdozent Dr. phil. nat. Erwin Tretzel (Zoologie), wissenschaftlicher Assistent Privatdozent Dr. phil. nat. Heinz Sucker (Pharmazie und pharmazeutische Technologie) und wissenschaftlicher Assistent Privatdozent Dr. phil. nat. Carl-Gerold Arnold (Botanik).

Freiburg: Dozent Dr. Reimut Jochimsen hat einen Ruf auf den neugeschaffenen ordentlichen Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik der Universität Kiel erhalten. — Privatdozent Dr. Artur Woll erhielt einen Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre und Finanzwissenschaft der Universität Gießen.

Heidelberg: Privatdozent Dr. rer. nat. Ulrich Meyer-Berkhout (Physik) erhielt einen Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl für Experimentalphysik IV der Universität München.

München: Die Lehrbefugnis wurde erteilt an: Dr. rer. nat. Josef Jung für Phytopathologie und Mikrobiologie, Dr. Gerhard Mann für Betriebswirtschaftslehre und Dr. Alexander von Schönborn für Forstwissenschaft. Mit der Erteilung der Lehrbefugnis ist das Recht auf Führung der Bezeichnung Privatdozent verbunden.

Münster: Es erhielten einen Ruf die Dozenten: Dr. Dr. Ernst-Wolfgang Böckenförde auf ein Ordinariat für Öffentliches Recht an der Universität Heidelberg und Dr. rer. pol. Hans-Dieter Deppa auf ein Ordinariat für Betriebswirtschaftslehre an der Universität Göttingen.

Würzburg: Dozent Dr. phil. Franz-Josef Schmale (Mittlere und Neuere Geschichte) erhielt einen Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl für Mittelalterliche Geschichte der Universität Bochum.

g) Lektoren

Göttingen: Zu außerplanmäßigen Lektoren wurden ernannt: Der Lehramtskandidat Dieter Herms für die englische Sprache, Dozent Dr. phil. Stanislav Králík für die tschechische Sprache, Dr. Yoichi Kurokawa für japanische und chinesische Sprache und Dr. phil. Jörg Jesch für Sprechkunde.

Münster: Frau Dr. Ossana von Wiese und Kaiserswaldau wurde zur Lektorin für Russisch ernannt.

HABILITATIONEN UND VERLEIHUNG DER „VENIA LEGENDI“

Darmstadt: Dr. rer. nat. Konrad Georg Weil erhielt die *venia legendi* für das Fach Physikalische Chemie.

Freiburg: Die Lehrbefugnis erhielten: Oberassistent am Physiologischen Institut Dr. med. Hermann Antoni für das Fach Physiologie und wissenschaftlicher Assistent Dr. med. Lothar Kerp für das Fach Innere Medizin.

Göttingen: Dr. rer. nat. Peter Boldt erhielt die *venia legendi* für das Fach Organische Chemie, Dr. Honno Sachße für das Fach Forstbenutzen und Dr. Heinz Butin für das Fach Mykologie.

Kiel: Die *venia legendi* erhielten: Dr. phil. Walter Hinck für das Fach Neuere Deutsche Literaturgeschichte und Dr. phil. Detlev Fehling für das Fach Klassische Philologie.

München: In der Medizinischen Fakultät habilitierten sich: Dr. med. Alfred Breit für das Fach Röntgenologie und Strahlenkunde; Dr. med. Hans Ehrhart für das Fach Innere Medizin; Dr. Walter Hart für das Fach Chirurgie; Dr. Hans Jahrmärker, Dr. Erwin König und Dr. Franz Mittelbach für das Fach Innere Medizin; Dr. Hans-Jürgen Soost für das Fach Frauenheilkunde und Geburtshilfe.

Münster: Die *venia legendi* für Privatdozent Dr. rer. nat. Hermann Themann wurde erweitert auf Medizinische Physik und Elektronenmikroskopie. — Dr. phil. Hans Peter Stahl wurde die *venia legendi* für das Fach „Klassische Philologie“ verliehen.

LEHRAUFTRÄGE

Braunschweig: Der für das Sommersemester 1964 erteilte Lehrauftrag an apl. Prof. Dr. med. Stefan Wieser über das Fachgebiet „Psychopathologie“ wurde auf das Wintersemester 1964/65 übertragen.

Göttingen: Privatdozent Dr. phil. Karl-Heinrich Bertau (Deutsche Philologie) erhielt einen Lehrauftrag für sein Fach an der Staatlichen Hochschule für bildende Künste in Kassel. — Oberstudienrat Gerhard Holland vom Felix-Klein-Gymnasium erhielt einen Lehrauftrag für die Einführung in die mathematische Behandlung der Naturwissenschaften. — Landesforstdirektor Dr. Ernst erhielt einen Lehrauftrag für das Gebiet „Rundholzverwertung und -verwendung, insbesondere Fragen des Rundholzverkaufs“.

Münster: Der Pfarrer Bernhard Drees erteilte Lehrauftrag für „Grenzfragen von Pastoraltheologie und Psychiatrie“ wurde für ein weiteres Jahr bis einschließlich Sommersemester 1965 verlängert. — Privatdozent Dr. rer. pol. Karl Alewell/Hamburg erhielt für das Sommersemester 1964 einen besoldeten Lehrauftrag im Bereich der Betriebswirtschaftslehre. — Der Prof. Dr. med. Gerhard Bornmann (Pharmakologie und Toxikologie) erteilte Lehrauftrag für „Pharmakologie“ am Klinikum Essen

wurde für das Sommersemester 1964 verlängert. — Dr. Rudolf Rösener erhielt für die Dauer eines Jahres einen besoldeten Lehrauftrag für „Sprecherziehung und Vortragskunst“.

VERTRETUNGEN

Göttingen: Privatdozent Dr. jur. Peter Badura/Erlangen-Nürnberg (Öffentliches Recht) ist beauftragt worden, in der Juristischen Fakultät den neuen (fünften) ordentlichen Lehrstuhl für Öffentliches Recht bis zu seiner Ernennung zum ordentlichen Professor vertretungsweise wahrzunehmen. — Em. Prof. Dr. theol. Joseph Klein (Geschichte der Philosophie, besonders mittelalterliche Philosophie) ist beauftragt worden, den ordentlichen Lehrstuhl für Geschichte der Philosophie im Sommersemester 1964 vertretungsweise wahrzunehmen. — Privatdozent Dr. phil. Jürgen Freiherr von Stackelberg/Freiburg (Romanische Philologie) wurde beauftragt, den neu errichteten Lehrstuhl für Romanische Philologie (3. Ordinariat) vertretungsweise wahrzunehmen. — Prof. Dr. phil. Hans O. H. Stange (Sinologie) vertrat im Sommersemester 1964 das Fach Sinologie an der Universität Marburg. — Privatdozent Dr. phil. Karl-Heinrich Bertau (Deutsche Philologie) ist beauftragt worden, den neu errichteten 2. ordentlichen Lehrstuhl für Ältere Germanistik vom Sommersemester 1964 an vertretungsweise wahrzunehmen. — Privatdozent Dr. rer. nat. Kurt Hunger/TH Hannover (Theoretische Physik) wurde beauftragt, den neu errichteten ordentlichen Lehrstuhl für Theoretische Astrophysik für die Dauer des Sommersemesters 1964 vertretungsweise wahrzunehmen. — Privatdozent Dr. rer. pol. Eugen Leitherer/Nürnberg ist beauftragt worden, den ordentlichen Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre vom Beginn des Sommersemesters 1964 an vertretungsweise wahrzunehmen.

Münster: Prof. Dr. med. Wolfgang Riehm (Augenheilkunde) wurde mit der Vertretung des Lehrstuhls für Augenheilkunde und der Leitung der Augenklinik beauftragt.

BEURLAUBUNGEN

Münster: Prof. Dr. theol. Theodor Filthaut (Pastoraltheologie) wurde für die Dauer des Wintersemesters 1964/65 beurlaubt. — Beurlaubt wurden die Professoren Dr. phil. Werner Korte (Musikwissenschaft) für die Dauer des Wintersemesters 1964/65 und Dr. phil. Walter Mettmann (Romanische Philologie) für die Zeit vom 1. 8. 1964 bis 31. 3. 1965 zur Durchführung eines Aufenthaltes an der Universität Maracaibo (Venezuela).

EMERITIERUNGEN

Münster: Prof. Dr. med. Alois Beutel (Bronchographie, Schädel- und Orbitadiagnostik) wurde von seinen amtlichen Verpflichtungen entbunden.

ABGELEHNT BERUFUNGEN

Berlin (FU): Prof. Dr. med. vet. Josef Boch (Parasitologie) hat den an ihn ergangenen Ruf an die Universität Gießen abgelehnt.

Göttingen: Prof. Dr. theol. Dr. phil. Carsten Colpe (Allgemeine Religionsgeschichte), der z. Zt. eine Gastprofessur an der Yale University in New Haven, Conn./USA wahrnimmt, hat den an ihn ergangenen Ruf auf den Lehrstuhl für Religionsgeschichte an der Yale Universität abgelehnt. — Prof. Dr. rer. nat. Johannes Grauert (Mathematik) hat den Ruf auf eine Professur am Institut des Hautes Etudes Scientifiques in Paris abgelehnt. — Prof. Dr. phil. Josef Zemann (Mineralogie und Kristallographie) hat den Ruf an die Universität Münster abgelehnt.

Münster: Prof. Dr. theol. Dr. phil. Eduard Hegel (Mittlere und Neuere Kirchengeschichte) hat den Ruf auf das Ordinariat für Kirchengeschichte an der Universität Bochum abgelehnt.

NEUE INSTITUTSDIREKTOREN

Berlin (FU): Das Osteuropa-Institut wählte Prof. Dr. phil. Wilhelm Wöhlke (Geographie, mit besonderer Berücksichtigung der Landeskunde Osteuropas) und das Otto-Suhr-Institut Professor Dr. phil. Kurt Sontheimer (Wissenschaft von der Politik) zu Geschäftsführenden Direktoren.

Freiburg: Prof. Dr. phil. Heinrich Popitz (Soziologie) wurde zum Direktor des neuen Instituts für Soziologie bestellt. — Prof. Dr. rer. nat. Klaus Sander (Zoologie) wurde zum Mitdirektor im Zoologischen Institut ernannt. — Zum Direktor des neu geschaffenen Instituts für Kri-

stallographie wurde Prof. Dr. rer. nat. Siegfried Haus-sühl (Mineralogie) berufen.

Kiel: Prof. Dr. rer. nat. Friedrich Wilhelm (Geographie) wurde zum Direktor des Geographischen Instituts bestellt. — Prof. Dr. phil. nat. Karl Krömmel (Geologie, Paläontologie) wurde zum Direktor des Geologisch-Paläontologischen Instituts und Museums der Universität bestellt.

Münster: Prof. Dr. theol. Erwin Iserloh (Mittelalterliche und Neuere Geschichte, Kirchengeschichte) wurde zum Direktor des Katholisch-Ökumenischen Instituts ernannt.

AKADEMISCHE EHRUNGEN

a) Ehrenpromotionen

Frankfurt: Em. Prof. Dr. jur. Gerhart Husserl (Bürgerliches Recht und Römisches Recht) wurde von der Philosophischen Abteilung der Naturwiss.-Philosophischen Fakultät der Universität Gießen die Würde eines Ehrendoktors verliehen.

Freiburg: Die Philosophische Fakultät verlieh dem em. Prof. Dr. jur. habil. Guido Kisch/New York (Rechts- und Verfassungsgeschichte der Juden in Deutschland im Mittelalter, Geschichte der Rechtswissenschaft im 16. Jahrhundert) die Ehrendoktorwürde.

Gießen: Von der Medizinischen Fakultät wurde Prof. Dr. phil. Gerhard Felix Schramm (Biochemie, Virus- und Eiweißforschung), Direktor des Max-Planck-Instituts für Virusforschung — Biochemische Abteilung — Tübingen, die Würde eines Ehrendoktors verliehen.

Göttingen: Den Professoren Dr. phil. Dr. sc. h. c. Dr.-Ing. e. h. Max Born (Theoretische Physik) und Dr. phil. Dr. sc. h. c. Dr. phil. h. c. Carl Ludwig Siegel (Mathematik) ist von der Naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Frankfurt/Main der Ehrendoktorgrad verliehen worden.

VON DEN WISSENSCHAFTLICHEN AKADEMIEN, GESELLSCHAFTEN UND INSTITUTEN

Aachen: Prof. Dr. phil. habil. Werner Linke (Wärmeübertragung und Klimatechnik) wurde für die Jahre 1964 bis 1968 in die Kommission Klimatechnik des Internationalen Instituts für Kältetechnik, Paris, berufen.

Clausthal: Prof. Dr. rer. nat. Ekkehart Kröner (Theoretische Physik) wurde zum ordentlichen Mitglied der Braunschweigischen Wissenschaftlichen Gesellschaft in der Klasse für Ingenieurwissenschaften gewählt.

Frankfurt: Prof. Dr. phil. Rudolf Sellheim (Orientalistik) wurde vom Deutschen Archäologischen Institut Berlin zum Korrespondierenden Mitglied gewählt.

Freiburg: Apl. Prof. Dr. rer. nat. Otto Westphal (Chemie) wurde zum Korrespondierenden Mitglied der Mathematisch-Physikalischen Klasse der Akademie der Wissenschaften in Göttingen gewählt.

Gießen: Prof. Dr. med. Rudolf Thauer (Physiologie) wurde vom Bundespräsidenten in den Wissenschaftsrat berufen. — Prof. Dr. med. Joachim Cremer (Innere Medizin) wurde von der Deutschen Forschungsgemeinschaft in die „Kommission für Ernährungsforschung“ berufen.

Mainz: Dr. Helmut Mathy wurde zum Kustos am Institut für Rechts- und Verfassungsgeschichte ernannt. — Prof. Dr. med. Gerhard Weber (Haut- und Geschlechtskrankheiten) ist zum Vorstand der Hautklinik der Stadt Nürnberg berufen worden. — Für die Jahre 1965 und 1966 wurde Prof. Dr. rer. nat. Gerhard Schubert (Theoretische Physik) zum Vorsitzenden des Regionalverbandes Hessen-Mittelrhein-Saar der Deutschen Physikalischen Gesellschaft e. V. gewählt.

München: Prof. Dr. phil. Nikolaus Riehl (Technische Physik) wurde zum Mitglied der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina in Halle an der Saale gewählt.

Saarbrücken: Als Mitglieder des Vorstandes der Wissenschaftlichen Gesellschaft des Saarlandes wurden Generaldirektor Dr. Schluppkotten und Prof. Dr. med. Stämpfli (Physiologie) für ein Jahr wiedergewählt. — Prof. Dr. phil. Josef Dolch, Direktor des Pädagogischen Instituts, wurde in den Vorstand der „Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft“ in Frankfurt/Main gewählt.

Tübingen: Honorarprofessor Dr. med. Heinrich Brügger (Kinderheilkunde) wurde zum Ehrenmitglied der Gesellschaft der Südwestdeutschen Tuberkuloseärzte ernannt.

TITELVERLEIHUNGEN UND AUSZEICHNUNGEN

Berlin (FU): Prof. Dr. med. vet. Dr. med. h. c. Eberhard Ackerknecht (Veterinär Anatomie) wurde das Große Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen. — Prof. Dr. oec. Karl Christian Behrens (Betriebswirtschaftslehre) wurde von der Gesellschaft für Konsumforschung/Nürnberg die „Wilhelm-Vershofen-Gedächtnis-Medaille“ verliehen.

Bonn: Prof. Dr. jur. Dr.-Ing. e. h. Paul Gieseke (Bürgerliches Recht und Handelsrecht) wurde vom Deutschen Verein von Gas- und Wasserfachmännern die Bunsen-Pettenkofer-Ehrentafel verliehen. — Prof. Dr. phil. Hugo Moser (Ältere Germanistik) wurde der Konrad-Duden-Preis verliehen.

Hannover: Prof. Dr.-Ing. Werner Fischer (Anorganische Chemie) wurde der Alfred-Stock-Gedächtnispreis verliehen.

Mainz: Privatdozent Dr. med. Wolfgang Gerok (Innere Medizin) wurde der Theodor-Frerichs-Preis 1964 der Deutschen Gesellschaft für Innere Medizin verliehen. — Prof. Dr. phil. Hans Klumb (Experimentalphysik) wurde vom Vorstand des Deutschen Museums München die Oskar von Miller-Plakette verliehen.

Stuttgart: Prof. Dr.-Ing. Dr. rer. nat. h. c. Ulrich Dehling wurde von der Deutschen Gesellschaft für Metallkunde durch die Verleihung ihrer Heyn-Denk Münze 1964 ausgezeichnet.

Tübingen: Prof. Dr. med. Dr. med. vet. h. c. Dr. med. h. c. Heinrich Gotttron (Dermatologie) wurde die Paracelsus-Medaille verliehen.

SONSTIGE ERNENNUNGEN UND AUFTRÄGE

Berlin (FU): Prof. Dr. med. vet. Walther Renk (Veterinärpathologie) wurde zum Vorsitzenden der Berliner Pathologenvereinigung gewählt.

Bonn: Prof. Dr. med. Gerhard Piekarski (Medizinische Parasitologie) wurde von der Weltgesundheits-Organisation (WHO) aufgefordert, als Mitglied des Beratungsausschusses für parasitische Krankheiten mitzuarbeiten. — Prof. Dr. phil. Ernst Langlotz (Klassische Archäologie) wurde als Ordentliches Mitglied in die geisteswissenschaftliche Sektion der Arbeitsgemeinschaft für Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen berufen. — Prof. Dr. phil. Benno von Wiese und Kaiserswaldau (Neuere Deutsche Sprache und Literatur) wurde als Ordentliches Mitglied in die geisteswissenschaftliche Sektion der Arbeitsgemeinschaft für Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen berufen. — Oberregierungsrat Dr. rer. nat. Gerhard Olschowy, Lehrbeauftragter für Landschaftspflege, wurde zum Direktor der Bundesanstalt für Vegetationskunde, Naturschutz- und Landschaftspflege/Bad Godesberg ernannt.

Clausthal: Dr. rer. nat. Johann Georg Lührs (Programmierer) ist unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit zum Kustos ernannt worden.

Frankfurt: Privatdozent Dr. phil. nat. Hans-Walter Georgii (Meteorologie und Geophysik) wurde von der Internationalen Assoziation für Meteorologie und Atmosphärische Physik als deutscher Vertreter in das Komitee für Wolkenphysik und Wetterbeeinflussung gewählt.

Freiburg: Prof. Dr. med. dent. Hans Rehm (Zahnheilkunde) wurde als Vertreter der drei badischen Landesuniversitäten in den Vorstand der Landesärztekammer gewählt. — Prof. Dr. rer. nat. Helmut Holzer (Physiologische Chemie) wurde zum Mitglied der Deutschen Atomkommission berufen. — Prof. Dr.-Ing. Eduard Kirwald (Forstwissenschaft) wurde zum Präsidenten der deutschen Sektion des Weltbundes zum Schutze des Lebens gewählt. Gleichzeitig wurde Prof. Dr. d. Forstwissenschaft Dr. rer. nat. habil. Gustav Wellenstein (Forstzoologie und Forstschutz) neben den Professoren Dr. med. vet. Bernhard Grzimek/Frankfurt (Tiergartenwesen, Tierpsychologie), Dr. agr. habil. Werner Schupan/Geisenheim (angewandte Botanik, Pflanzenchemie) und Dr. sc. nat. Dr. phil. habil. Bernhard Rademacher/Stuttgart (Pflanzenkrankheiten und Pflanzenschutz, Pflanzenhygiene) in einen wissenschaftlichen Beirat dieses Bundes berufen.

Kiel: Prof. Dr. med. Wolfgang Bargmann (Anatomie) wurde als ordentliches Mitglied in den Ausschuss für die Gründung einer Medizinischen Akademie in Ulm berufen. — Prof. Dr. med. Ludwig Weissbecker (Innere Medizin) wurde in den Senat der Bundesärztekammer für die ärztliche Fortbildung als Senator gewählt.

München: Dozent Dr.-Ing. Horst Groll (Hochfrequenztechnik) wurde zum Konservator ernannt. — Privatdozent Dr.-Ing. Willi Oehrl (Elektrophysik) wurde zum Konservator ernannt. — Prof. Dr. phil. Hans Joachim Born (Radiochemie) wurde vom Rat der EURATOM zum Mitglied des Ausschusses für Wissenschaft und Technik (CST) ernannt. — Prof. Dr.-Ing. Fritz Hartung (Wasserbau und Wasserwirtschaft) wurde zum Mitglied des Deutschen Komitees der Weltkraftkonferenz und zum Mitglied der im Rahmen des Komitees bestehenden Arbeitsgruppe Talsperren gewählt.

Münster: Zu Kustoden wurden ernannt: Dr. Josef Vanheiden beim Physikalischen Institut, Dr. Hans-Horst Mende beim Institut für Angewandte Physik und Dr. Franz Thyssen beim Institut für Reine und Angewandte Geophysik.

Stuttgart: Der wiss. Assistent Oberingenieur Dipl.-Ing. Hans-Joachim Bosch wurde unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Probe zum Oberingenieur ernannt.

Tübingen: Prof. Dr. phil. Dr. jur. Fechner (Handels-, Wirtschafts-, Arbeitsrecht und Rechtsphilosophie) wurde in die neugebildete Kommission für die Gesamtreform des Lebensmittelrechts berufen. — Prof. Dr. Paul Pulewka (Toxikologie) wurde für eine Periode von weiteren fünf Jahren als Experte für suchterzeugende Gift in die Weltgesundheitsorganisation berufen.

EHRUNGEN UND ERNENNUNGEN DEUTSCHER WISSENSCHAFTLER IM AUSLAND

Saarbrücken: Prof. Dr. med. Hans-Joachim Symanski (Arbeitsmedizin) wurde von der Société de Médecine et d'Hygiène du Travail de Strasbourg die Ehrenmitgliedschaft verliehen. — Prof. Dr. med. Dr. phil. Wilhelm Zimmermann (Hygiene und Mikrobiologie) wurde von der New Yorker Akademie der Wissenschaften zum aktiven Mitglied gewählt.

Tübingen: Die Accademia di Scienze Lettere e Arti in Palermo zeichnete Prof. Dr. phil. Dr. phil. h. c. Gerhard Rohlf durch die Wahl zum ausländischen Mitglied aus.

MITGLIEDSCHAFT IN AUSLÄNDISCHEN WISSENSCHAFTLICHEN GESELLSCHAFTEN

Berlin (FU): Prof. Dr. med. Adalbert Loeschke (Kinderheilkunde) wurde von der Chilenischen Gesellschaft für Kinderheilkunde in Santiago und Concepcion zum Ehrenmitglied ernannt. — Prof. Dr. med. Emil Büchler (Chirurgie) wurde von der American Society for Artificial Internal Organs zum Mitglied ernannt.

Bonn: Prof. Dr. med. Dr. h. c. Robert Janker (Röntgenologie und Strahlenheilkunde) wurde zum Korrespondierenden Mitglied der Société de Médecine de Paris ernannt. — Prof. Dr. phil. Jean Schoos (Mittelalterliche und Neuere Geschichte) wurde zum Korrespondierenden Mitglied der Akademie der Wissenschaften in Toulouse gewählt.

Frankfurt: Prof. Dr. med. Joachim Gerchow (Gerichtliche und soziale Medizin) wurde zum Ehrenmitglied der Asociación Espanola de Médicos Forenses ernannt. — Prof. Dr. med. Karl Wezler (Physiologie) wurde von der Finnischen Akademie der Wissenschaften zum Ausländischen Mitglied gewählt. — Prof. Dr. phil. Dr. jur. h. c. Dr. phil. h. c. Matthias Gelzer (Alte Geschichte) wurde von der Norwegischen Akademie der Wissenschaften in Oslo zum Mitglied ihrer philosophisch-historischen Klasse gewählt.

Freiburg: Dr. med. Hans Merker, wiss. Assistent an der Medizinischen Universitätsklinik, wurde zum korrespondierenden Mitglied der Schweizer Hämatologengesellschaft ernannt. — Dozent Dr. med. Fritz Mündinger (Neurochirurgie) wurde zum Auswärtigen Mitglied der Societas Neurochirurgica Fennica ernannt.

Kiel: Prof. Dr. rer. pol. Dr. rer. pol. h. c. Dr. ekon. h. c. Dr. h. c. Dr. oec. h. c. Dr. h. c. Erich Schneider (Wirtschaftliche Staatswissenschaften, Betriebswirtschaftslehre, Statistik) wurde zum Auswärtigen Mitglied des Instituto Lombardo/Accademia di Scienze e Lettere Milano gewählt. — Prof. Dr. med. Dr. phil. Enno Freerksen (Anatomie, Geschichte der Medizin) wurde zum Korrespondierenden Mitglied der Sociedad Chilena de Pediatría/Santiago (Chile) ernannt. — Prof. Dr. phil. Wilhelm Hoenerbach (Orientalische Philologie) wurde zum Korrespondierenden Mitglied der Academia Real de Buenas Letras in Barcelona ernannt. — Prof. Dr. med. Dr. med. dent. Werner Hahn (Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde) wurde von der Internationalen Akademie für Zytologie zum Consultanten für Oral Cytology gewählt.

München: Prof. Dr.-Ing. H. Frieser (Wissenschaftliche Photographie) wurde von der Society of Photographic Scientists and Engineers (USA) zum Ehrenmitglied ernannt.

Tübingen: Prof. Dr. jur. Hans-Erich Feine (Deutsches Recht und Kirchenrecht) wurde von der Österreichischen Akademie der Wissenschaften zum Korrespondierenden Mitglied der Philosophisch-Historischen Klasse gewählt.

BERUFUNGEN UND EINLADUNGEN DEUTSCHER WISSENSCHAFTLER INS AUSLAND

Berlin (FU): Apl. Prof. Dr. med. Herbert Remmer (Pharmakologie) wurde die Stelle eines Professors seines Faches und verbunden damit die Leitung der pharmakologischen Abteilung eines neugegründeten Universitätsinstituts zur Erforschung von Alkohol- und Arzneimittel-sucht von der Universität Toronto/USA angeboten.

Freiburg: Dr. phil. Willibald Sauerländer (Kunstgeschichte) hat für das Studienjahr 1964/65 einen Ruf als Visiting Professor of Fine Arts an der New York University erhalten und angenommen.

Kiel: Wiss. Rat Prof. Dr. phil. Friedrich Wilhelm Wodtke (Neuere Deutsche Literaturgeschichte) hat einen Ruf auf ein Ordinariat seines Faches an der Tulane University in New Orleans erhalten. — Prof. Dr. rer. nat. Erich Bagge (Reine und Angewandte Kernphysik) erhielt einen Ruf auf die neu eingerichtete ordentliche Lehrkanzel für Atomphysik an der Universität Innsbruck.

Mainz: Privatdozent Dr. med. dent. Fauzi M. Rozeik (Zahn-, Mund-, Kieferheilkunde) hat einen Ruf auf den Lehrstuhl für Oral Anatomy and Oral Histology an der Universität Kairo erhalten. — Prof. Dr. rer. nat. Horst Falke (Geologie und Paläontologie) hat eine Einladung der Polnischen Geologischen Gesellschaft zu einer Spezialtagung in Kattowitz erhalten.

Saarbrücken: Dr. rer. nat. Martin Rutsch (Europäische Statistik) wurde für das akademische Jahr 1964/65 als Visiting Associate Professor an die Universität von Cincinnati eingeladen.

GEBURTSTAGE

Bonn: Em. Prof. Dr. med. Dr. phil. Richard Labes (Pharmakologie und Toxikologie) vollendete am 29. Juli sein 75. Lebensjahr.

Braunschweig: Em. Prof. Dr. phil. Walther Kangro (Physikalische Chemie, Elektrochemie und Chemische Metallurgie) feiert am 13. August seinen 75. Geburtstag.

Darmstadt: Prof. Dr.-Ing. Dr. rer. nat. h. c. Clemens Schöpf (Organische Chemie) wird am 12. August 65 Jahre alt.

Erlangen-Nürnberg: Em. Prof. Dr. med. Hans Molitoris (Gerichtl. Medizin) wird am 8. August 90 Jahre alt. — Em. ao. Prof. Dr. med. Johannes Hett (Histologie und Embryologie) vollendet am 15. August sein 70. Lebensjahr.

Heidelberg: Em. Prof. Dr. med. Fritz Eichholtz (Pharmakologie) feiert am 15. August seinen 75. und Hon.-Prof. Dr. phil. Rudolf Brill (Physikal. Chemie) am 7. September seinen 65. Geburtstag.

München: Ihren 85. Geburtstag begehen em. Prof. Dr. rer. pol. Dr. forest. h. c. Victor Dieterich (Forstwirtschaftspolitik, Forstgeschichte) am 26. August; em. Prof. Dr. phil. Ludwig Steinberger (Namensforschung) am 12. August. — Ihren 80. Geburtstag feiern Prof. Dr. med. Dr. med. h. c. Dr. phil. nat. h. c. Friedrich Wassermann (Anatomie) am 13. August und Prof. Dr. phil. Dr. med. vet. Wilhelm Zorn (Tierzucht) am 12. August. — Seinen 75. Geburtstag feiert em. Prof. Dr. rer. nat. Dr. med. h. c. Dr. rer. nat. h. c. Walther Gerlach (Experimentalphysik) am 1. August. — Hon.-Prof. Dr. phil. Karl Rupprecht Geiger (Meteorologie) feiert seinen 70. Geburtstag am 24. August.

JUBILÄEN

Erlangen-Nürnberg: Em. Prof. Dr. med. Bruno Fleischer (Augenheilkunde) feiert am 16. August sein 60. Dozenten-Jubiläum.

Göttingen: Em. Prof. Dr. rer. nat. Gottwald Christian Hirsch (Cytologie) feiert in diesen Tagen sein Goldenes Doktorjubiläum.

TODESFÄLLE

Freiburg: Prof. Dr. theol. Leo Koep (Liturgiewissenschaft und Pastoraltheologie) ist am 20. Juli im 50. Lebensjahr verstorben.

Tübingen: Prof. Dr. rer. nat. Dr. h. c. Hermann Schüler (Grundlagenforschung auf dem Gebiet der Atom- und Molekülphysik) ist am 5. Juli in Göttingen verstorben.

9. 8.

Lebendige Wissenschaft. Prof. Dr. Gerhard Leibholz/Karlsruhe: Der Einfluß der Fachleute auf politische Entscheidungen (SDR/UKW I, 10.00)

Die Aula, die Stunde der Universitäten. Prof. Gerhard Ritter: Zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges. (SWF/UKW I, 10.30)

10. 8.

Die Internationale Radiouniversität. Der Mensch in der sich wandelnden Welt. Alain Touraine/Paris: Rolle und sozialer Status. (Österr. Rdf. II, 14.35)

Aus Wissenschaft und Technik. Strahlenschutz III. Pillen gegen Strahlenschäden. Dr. Johannes Pany/Wien. (NDR II, 19.35)

Kongreßbericht. Internationaler Kongreß für angewandte Psychologie. Bericht aus Laibach. (Deutschlandfunk, 22.00)

11. 8.

Lebendige Epik auf dem Balkan. Prof. Dr. Walther Wünsch. (Österr. Rdf. II, 16.00)

Internationale Rundfunk-Universität. Konfuzius und seine Widersacher. Der Mensch als Mittelpunkt der Schöpfung. Prof. Daniel Leslie/Jerusalem. (Hess. Rdf. II, 17.45)

Die schwedische Einheitsschule — Vorbild für uns? Prof. Dr. Günter Slotia. (Saarländ. Rdf./UKW II, 18.45)

Aus christlicher Sicht. Wolfgang Kratz: Christliche Theologie — Platzanweiserin der Wissenschaften? (Hess. Rdf. II, 19.30)

Der Infarkt im Wasserkreislauf. Die Gefährdung unseres Trinkwassers. Beobachtungen von Jam Brede. (NDR II, 21.05)

Die Vorlesung. Prof. Dr. Walter Artelt/Frankfurt: Der Wandel des Krankenhauses im 19. Jahrhundert. (Hess. Rdf. II, 21.30)

Forum der Wissenschaft. „Max Weber und die deutsche Soziologie“. Ausschnitte aus dem 15. Deutschen Soziologentag. Dr. Christa Dericum. (Radio Bremen II, 21.35)

Deutsche Universitäten. V. München. Gerald Deckart. (Saarländ. Rdf./UKW II, 22.15)

12. 8.

Aus Wissenschaft und Forschung. (Deutschlandfunk, 17.30)

13. 8.

Aus Wissenschaft und Forschung. (Deutschlandfunk, 10.10)

Bildungsfragen der Gegenwart. Bildungsplanung als Forschungsaufgabe. Ein Gespräch mit Prof. Helmut Becker über die Aufgaben seines neuen Institutes in der Max-Planck-Gesellschaft. (Hess. Rdf. II, 17.30)

Das Heidelberger Studio. Wohin führt die Wissenschaft? 1. Ein Gespräch mit Prof. Dr. Carl Friedrich von Weizsäcker/Hamburg. (SDR/UKW II, 21.00)

Aus Wissenschaft und Technik. Die wöchentliche Umschau. (SDR/UKW II, 21.30)

Internationale Rundfunk-Universität. 1. Philosophische Strömungen der Gegenwart. Die Seinsfrage. Prof. Dr. Leo Gabriel/Wien. 2. Die alten Kulturen und die westliche Zivilisation. China und die politischen Ideen Europas II. Jacques Guillermez. 3. So schnell wie das Licht. Radioastronomie. Dr. Antony Hewish/Cambridge. (Hess. Rdf. II, 22.00)

Nachtstudio. Abstraktion in Wissenschaft und Kunst. Ein Gespräch zwischen Max Bens, Werner Heisenberg und Willy Hochkeppel. (Bayer. Rdf. II, 22.05)

14. 8.

Moderne Anaesthesia. (Saarländ. Rdf./UKW I, 8.50)

Betriebswirtschaft und Technik. Ein Gespräch mit Univ.-Prof. Dr. Hans Blohm/Karlsruhe. Aufgenommen bei den 19. Internationalen Hochschulwochen in Alpbach. (Österr. Rdf. II, 21.40)

16. 8.

Lebendige Wissenschaft. Dr. Eberhard Georgii/Stuttgart: Über Markt- und Meinungsforschung. (SDR/UKW I, 10.00)

Die Aula, die Stunde der Universitäten. Prof. Gerhard Ritter: Bethmann-Hollweg als Kriegskanzler 1914—17. (SWF/UKW I, 10.30)

Das deutsche Atomprogramm. Ein Bericht von Robert Gerwin. (II. Deutsches Fernsehen, 18.30)

17. 8.

Die Internationale Radiouniversität. Der Mensch in der sich wandelnden Welt. Henri Raymond/Paris: Der Tourismus. (Österr. Rdf. II, 14.35)

Radio-Kolleg. Vom Mythos zur Naturwissenschaft. Die neue Sonne III. Heinrich Schirmbeck. (Deutschlandfunk, 17.30)

Das Abendstudio. Der wissenschaftliche Bericht. (Bayer. Rdf. II, 19.30)

Aus Wissenschaft und Technik. Strahlenschutz IV: Schutzbauten. Dr. Ernst Sträussler/Wien. (NDR II, 19.35)

Kongreßbericht. Die deutschen Dendrologen tagen. Bericht aus Köln. (Deutschlandfunk, 22.00)

18. 8.

Radio-Kolleg. Vom Mythos zur Naturwissenschaft. Die neue Sonne III. Heinrich Schirmbeck. (Deutschlandfunk, 10.10)

Internationale Rundfunk-Universität: Konfuzius und seine Widersacher. Der Staat ist der König. Prof. Daniel Leslie/Jerusalem. (Hess. Rdf. II, 17.40)

Gibt es in Deutschland eine Begabungsreserve? Hartmut Ziegler. (Saarländ. Rdf./UKW II, 18.45)

Die Vorlesung. Prof. Dr. Edith Heischkel-Artelt/Mainz. Der Arzt im 19. Jahrhundert. (Hess. Rdf. II, 21.30)

19. 8.

Aus Wissenschaft und Forschung. (Deutschlandfunk, 17.30)

„Kreativität“ und Wissenschaft. Ingo Hermann berichtet von einem Diskussionsthema. (WDR II, 18.10)

20. 8.

Aus Wissenschaft und Forschung. (Deutschlandfunk, 10.10)

Krise der Kulturzeitschrift? Eine Diskussion anlässlich des 10jährigen Bestehens der „Neuen Deutschen Helte“. Ivo Frenzel, Joachim Günter, Jürgen von Kempster, Hans Kudszus, Ulrich Sonnemann und Werner Weber. (Radio Bremen II, 21.00)

Das Heidelberger Studio. Wohin führt die Wissenschaft? 2. Ein Gespräch mit Prof. Dr. Werner Heisenberg/München. (SDR/UKW II, 21.00)

Aus Wissenschaft und Technik. Die wöchentliche Umschau. (SDR/UKW II, 21.35)

Internationale Rundfunk-Universität. 1. Die Anästhesie. Ihre Bedeutung für den Patienten. Dr. Monique Deroy/Frankreich. 2. So schnell wie das Licht. Satelliten im Dienste astronomischer Forschung. Dr. Graham F. Smith/Cambridge. 3. Der zeitgenössische Roman: Japan. Die Anfänge nach dem Kriege. Prof. Mitsuo Nakamura/Meiji. (Hess. Rdf. II, 22.00)

Aus naturwissenschaftlichen Zeitschriften. Hoimar von Ditfurth. (WDR II, 22.15)

21. 8.

Die Internationale Radiouniversität. Der Mensch in der sich wandelnden Welt. Univ.-Prof. Dr. Pierre-Leon Dubarle/Paris: Das religiöse Bewußtsein. (Österr. Rdf. II, 14.35)

Aus Naturwissenschaft und Technik. (WDR I, 17.20)

Abendstudio. Der Erste Weltkrieg. Anfang unserer Zeit. I. Geschichte der Krisen und Ausbruch der Katastrophe. Karl Otmar Freiherr von Aretin und Fritz Kallenberg. (Hess. Rdf. II, 22.00)